

Die Gewertschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 19. Juni 1925

Nummer 25

INHALTSVERZEICHNIS

- Der Zentralausschuß für Gemeindefarbeiter als „Rechtsquelle“ G. J.
Der Ansturm auf den Achtkundentag G. J.
Gegen Unternehmerübermut — Für Industrieorganisation —
gegen Hochschußillnerie G. J.
Der städtische Gartenbaubeamte Ad. Seyfarth
Aus Politik und Volkswirtschaft • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter
Aus unserer Bewegung • Rundschau • Verbandsteil.



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44



Arcona-Räder

Die Lieblingsschmaschine der Rennfahrer und Touristen. Das Rad ist
 besonders leicht, leichtlaufend und sehr leicht zu reparieren. Die Qualität
 entspricht dem höchsten Vollmaßstab. Fast Jahre Garantie. Die besten
 Hersteller der Welt besitzen in den Renn- und schiefensten Rennen
 die besten Arcona-Räder. Preis 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Verlangen Sie Katalog gratis und franko

Ernst Machnow
 BERLIN C. 54, Weinmeisterstraße 14

Gallensteine Käse-

wurden durch den bekannten Philippsburger
 Herbaria-Gallensteintee ohne Operation
 oft rasch und schmerzlos aufgelöst und ab-
 geführt, was viele Dankschreiben der Ver-
 braucher bezeugen. Paket 2.50 Mk. (Kur 3-8
 Pakete). — Dankschreiben: „Der Herbaria-
 Gallensteintee hat bei meiner Frau Wunder
 gewirkt. Krankheit ganz behoben, und sagt
 sie Ihnen herzlichsten Dank dafür. (Alter 50
 Jahre)“ — ... im Februar d. J. bezog meine
 Frau 2 Pakete Ihres Herbaria-Gallensteintes,
 wodurch über 200 Steine abgeführt wurden,
 bitte nochmals um Zusendung von 3 Pa-
 keten.“ — Die Kur mit Ihrem Herbaria-
 Gallensteintee hat mir gut gefallen, es sind
 viele Steine abgegangen und ist mir gleich
 wohler geworden“ usw. Weitere Dankschrei-
 ben liegen uns massenhaft vor. Herstellung
 und Versand Herbaria - Kräuterparadies,
 Philippsburg 305 (Baden).

Käse-
 Fabrik
 Großhandel
 Import

Lieferant von ca. 7500 Kilo, täglich
 in Berlin u. Umgebungen. Täglich
 Art. Lada v. ca. 9 Mk. 50 Pf. pr.
 Pfl. Wirtshaus, Wien v. ca.
 6 Pf. 50 Pf. pr. Pfl. Holsteinische
 Lada v. 15-25 Pf. 85 Pf. pr. Pfl.
 Edmerländer, rote Lada, v. ca. 4 Pf.
 Pfl. 92 Pf. pr. Pfl. Franko einb.
 Versandung. Nur nach West. An
 Bezugs 14 Tage Ziel. Copr. 1918.

C. Armbruster
 Altrahelldorf Nr. 6 (Holstein)

Mk. 100
 Anzahlg. liefert

Schlafzimmer,
 Speisezimmer,
 Mk. 50 Einzelmöbel,
 Mk. 30 Küchen

WENGER, BERLIN
 Alte Schönhauser Straße 20

Musik in jedes Haus!
 Alle Musik-
 Instrumente

Sprechapparate etc.
 geg. kleine Anzahlg.,
 kleine Raten. Großer
 Fluss. Katalog frei.
 F. Gotschalk, Köln 117,
 Luxemburger Str. 31

Republik Europa
 von
 Otto Lehmann-Rußbildt
 Preis 1.— Goldmark

Der Krieg
 im Jahre 1930
 von
 Generalmajor von Schoenaich
 Preis 0.50 Goldmark

Vom vorigen
 zum nächsten Krieg
 von
 Paul Freiherr von Schoenaich
 200 Seiten.
 Preis brosch. 2.— Gm., in Halbleinen 3.— Gm.

Viele Menschen, viele Krankheiten,

alle haben aber mit wenigen Ausnahmen eine Grundursache. Man sollte es
 nicht glauben, dennoch aber ist es wahr, daß z. B. Hautauschlag,
 Husten, Stimmern vor den Augen, Schwindelanfälle,
 Herzklopfen, Krämpfe, Schmerzen in der Brust, im
 Rücken, Appetitlosigkeit, Stuhlträgheit, Husten, Durch-
 fall, Neigung zu Erkältungskrankheiten, Blutwalleun-
 gen, Zittern der Glieder, Beklemmungen, blickartige,
 schließende Schmerzen in verschiedenen Körperteilen,
 Hypochondrie, Ameisenlaufen, Gefühl flatternder Be-
 wegungen, Hautjucken, Kopfschmerzen, schlechte Be-
 dauung, Nachtische, kalte Füße, Weiden des Herzens,
 der Nieren, der Galle, der Leber, Hämorrhoiden,
 Flechten, Ausschläge, Gicht, Zuckerkrankheit, Korpuskel,
 bauernde Katarrhe des Halses, der Ohren, die gefürch-
 tete Arterienverkalkung, langwierige Bettschäden usw.
 fast ausschließlich auf einen gemeinsamen Grundfehler, nämlich auf das
 unreine Blut, zurückzuführen sind.

Selbst der Laie weiß, daß das Blut dasjenige ist, das den Organismus
 überhaupt erst lebensfähig macht. Durch Verlust einer bestimmten Menge
 Blutes erlischt jede Lebensfähigkeit. Wie unendlich wichtig es ist, Ihren be-
 grenzten Vorrat an Blut, den Sie haben, auch organisch richtig zusammen-
 gesetzt zu erhalten, wird Ihnen nach dem Vorstehenden ohne weiteres klar werden.

Wenn Sie an einer der geschilderten Beschwerden leiden oder auch nur
 Vorboten dazu zu fühlen glauben, so verbessern Sie Ihr Blut.

Wie Sie das machen müssen, sagt Ihnen eine äußerst wertvolle Broschüre:
 „Die Kunst das Leben zu verlängern“, die von der Firma Dr. med. Robert
 Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg, herausgegeben worden ist. Sie
 beschreibt ein Präparat, Dr. med. Robert Hahn's „Salvito“, welches ganz
 hervorragend geeignet ist, dem Blut seine ursprüngliche chemische Zusammen-
 setzung wiederzugeben. Jeder, der sich dafür interessiert, erhält dieses Buch
 und eine Probepackung „Salvito“ kostenlos gegen Einfindung einer Postkarte
 mit Angabe seiner genauen Adresse.

Vergessen Sie aber ja nicht, sofort an Dr. med. Robert Hahn & Co.,
 G. m. b. H., Magdeburg Fz. Js. 16 zu schreiben, Sie nügen sich dadurch
 selbst am meisten.

Kennen Sie Kaiser's
 Wäschpreise! Sofort verlangen! Oberhemd
 mit 2 Kragen nur 1.50 M. Limon-Bettgarn-
 turen, 3teilig nur 11.50 M. M. Bruno Kaiser,
 Oberlichtenau, Bez. Bresden.

Gummil Saug, etc. hyg.
 Art. Preis send. gratis,
 disk. Versand. Pharm.
 hyg. Industrie Medicus,
 Berlin N 54, Vierandenstr. 25 c

Felix Fechebach
 Im Haus
 der Freudlosen
 Bild. aus 4 Zuchthaus
 Fechebach im
 Vorwort: „Leid
 des Buch u. gleitet
 dann noch gedank-
 liches von Zucht-
 hauszellen in Zü-
 tungen weg — wenn
 ihr es könnt.“
 130 Seiten stark,
 Ganzleinenband,
 Preis 3.30 Mark
 Zu beziehen durch die
 Abteilung Bücher und
 Schriften, Berlin 50 23,
 Schlesische Straße 42.

5 Jahre in Aufsicht
 mit beidseitigem Rückenschwanz bei Nichtgefallen
 liefern in überaus
 schönem, neuem
 elegantem Aussehen, leichtem Lauf und zuverlässiger Kon-
 struktion. Ausgestattet mit Doppelkloppeln, Innenleitung (nicht geschwächt)
 werden meine Räder kompl. geliefert mit Orig. „Torpedo“ od. „Rosa“-Freifen/
 mit Rücktrittbremse, erstkl. prima Bereifung, sehr schv./h.
 „Continental“ od. „Dunlop“, entsprechende Ausstattung. Garantie auch
 gegen besagte Wasserschaltung von nur 3. — = 1. Gummibremse,
 Lassen Sie sich sofort das Fahrrad kommen! Es ist für Sie ein Verdienst!
 Denn: Was Sie an Fahrzeit u. Zeit ersparen, bringt er Ihnen etc. Die
 Anschaffung ist ohne Kosten für Sie, wenn Sie Erspartes in die
 bez. Räder verwenden! Verlangen Sie sofort illust. Prospekt, gratis u. frei!
Walter H. Gartz, Berlin S 42, Postfach 844 F.
 in Berlin erb. Besuch mein Ausstellungsraum, Alexandrinerstr. 97 v. 8-7.

Die Tragödie Trotzki

Mit Anmerkungen und Beiträgen von P. Axelrod, A. Balabanoff, O. Bauer,
 Eduard Bernstein, Lenin, Radek, Stalin, Sinowjew, Leo Trotzki u. a. m.

herausgegeben von
 Grigori Dimitrieff

Die besten Köpfe der sozialistischen und kommunistischen Inter-
 nationale untersuchen in ihren Beiträgen die innerrussischen Verhält-
 nisse, als deren Auswirkung der Sturz des westeuropäisch orientierten
 Organisations der russischen Roten Armee Leo Trotzki erfolgte.
 Erhöhte Bedeutung gewinnt dies Buch wegen der soeben gemelde-
 ten Ernennung Trotzki's zum russischen Außenhandelskommissar!

80, 80 Seiten. Preis kartoniert 1.20 Mk., gebunden 2.— Mk.

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Seensprecher: Amt Marktplan 11 944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Der Zentralausschuß für Gemeindearbeiter als „Rechtsquelle“.



Die Schlichtungsstellen in Arbeitsrechtsstreitigkeiten sollen und müssen, wenn sie ihrem Zweck, als Einigungs- und Ausgleichsstelle zu wirken, gerecht werden wollen, von sozialem Geiste getragen werden. Der juristische Formelkram soll nur Nothelfer, nur Mittel zu dem höheren Zweck sein, ausgleichend (einigend, schiedlich, friedlich) zu wirken. Das gilt auch für sogenannte Rechts- und Auslegungsfragen. Denn alle tariflichen Rechtsfragen sind im Grunde genommen Interessenstreitigkeiten, die auch im Einigungs- und Ausgleichsverfahren soweit als möglich auf friedlichem Wege erledigt werden sollen.

Ist der Ausgleich nicht durchzuführen, dann muß der Weg frei bleiben, die Differenzen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln auszufechten. Er darf nicht durch eine „Entscheidung“, wenn auch in zweiter Instanz oder durch Verbindlichkeits-erklärung vielleicht in dritter Instanz unterbunden werden können. Diese sogenannten Rechtsentscheidungen letzter Instanz, die auch im RMT-Gemeindearbeiter jurzeit noch als bindende Entscheidungen gefällt werden, wachsen sich in der Aera der nur juristisch vorgebildeten unparteiischen Vorsitzenden hier und da zu einer Gefahrenquelle für den friedlichen Austrag von Interessenstreitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus. Es werden Urteile gefällt, die nicht einmal dem Wortlaut, viel weniger aber dem Sinn und dem Geist des tariflichen Arbeitsrechtes gerecht werden. Es kommt sogar vor, daß die ausdrücklich festgelegten Auffassungen der Vertragsparteien dann nicht berücksichtigt werden, wenn ein Syndikus eines Arbeitgeberverbandes glaubt, eine bestehende, den Arbeitnehmern günstige Bestimmung beseitigen zu können.

In einer Streitsache des Bezirks Mitteldeutschland, die am 29. Mai 1925 vor dem Zentralausschuß verhandelt wurde, ist auf Betreiben der Arbeitgeberseite entschieden worden, daß beide Spitzenorganisationen bei dem Abschluß und der Durchführung der strittigen Bestimmungen angeblich nicht wußten, was sie wollten. Der unparteiische Vorsitzende entschied zu § 3, Ziffer 3, folgendes:

„Entsprechend der Entscheidung des Zentralausschusses vom 26. November 1924 ist es unzulässig, an Arbeitergruppen, für die eine verkürzte Arbeitszeit an den Vorkesseltagen nicht in Betracht kommt, für die nicht ausfallenden Arbeitsstunden eine besondere Vergütung zu gewähren. Dadurch ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiter eine anders geartete Vergünstigung, z. B. in Gestalt der Gewährung von Freizeit erhalten.“

Damit wurde der Spruch der Bezirksschiedsstelle aufgehoben, der da befugte, daß diese in dem besonderen bezirklichen Arbeitszeitabkommen enthaltene Bestimmung ebenfalls in den Bezirkstarifvertrag aufzunehmen sei. Dieses bezirk-

liche Arbeitszeitabkommen gilt entsprechend § 3, Ziffer 1c des RMT. bis zum 31. Dezember 1925. Der Entscheid ist also schon in dem Punkte formal tarifwidrig und rechtsunwirksam.

Auch in sachlicher Beziehung ist dieses Erkenntnis nur unter Verletzung der von den Vertragsparteien vorher selbst geschaffenen Rechtsunterlagen zustande gekommen. Wir erinnern, daß es auch in der Wirksamkeit des Zentralausschusses als Schiedsinstanz eine Zeit gab, wo die Parteien ohne Geburtshilfe eines Unparteiischen Recht fanden. Ein Teil der Herren Unparteiischen glaubt eben leider hierbei immer nur Zangengeburt vor sich zu haben.

Ueber die schon 1920 geschaffene Bestimmung des § 3, Ziffer 3, wurde erstmalig ein Streit am 5. September 1921 vor dem Zentralausschuß verhandelt. Es wurde einstimmig — ohne unparteiischen Vorsitzenden — entschieden, daß den Arbeitern, die von der Vereinbarung erfaßt wurden, wenn sie am Heiligabend voll arbeiten müssen, die 7. und 8. Stunde extra bezahlt erhalten. Es wurde damit von den beiden Vertragsparteien dokumentiert, daß in einem solchen Falle am Heiligabend die normale Arbeitszeit für alle Arbeiter sechs Stunden betrage, dafür aber 8 Stunden Lohn zu bezahlen sind. Die Arbeiter, die darüber hinaus arbeiten müssen, erhalten diese Arbeitsstunden natürlich bezahlt. Diese Rechtsauffassung ist durch den Zentralausschuß wieder am 30. Juni 1922 in derselben Zusammensetzung bestätigt worden. Damit wurde nur in der Theorie anerkannt, was in der Praxis längst in fast allen Bezirken bestand. Diese Tatsache wurde denn auch am 28. April 1923 durch einen unparteiischen Vorsitzenden gewürdigt, der in einer Streitsache Stettin entsprechend dem Spruch der Bezirksschiedsstelle entschied, daß diese zwei Stunden auch dann zu zahlen sind, wenn der Heiligabend auf einen Sonntag fällt.

Ohne Berücksichtigung dieser von den Vertragsparteien also einstimmig gefundenen Rechtsauffassung fand sich am 26. November 1924 ein unparteiischer Vorsitzender, der entsprechend der Auffassung der Reichsgeschäftsstelle entschied, daß alle vorher ergangenen Entscheidungen falsch seien, daß die Vertragsparteien selber nicht gewußt haben, was sie vereinbart haben und wie die Bestimmung auszulegen wäre. Die Reichsgeschäftsstelle hat es freilich nicht gewagt, diese sogenannte rechtschaffende Entscheidung auch den Bezirksverbänden trotz formaler Rechtsgrundlage aufzutrotzen. Dazu sollte nun jetzt mit dem Abschluß der Bezirkszusatzverträge die Gelegenheit gesucht werden. Der Spruch vom 29. Mai 1924 soll nun die sogenannte Rechtsgrundlage dazu abgeben. Freilich hat der unparteiische Vorsitzende doch nicht so ganz den Richtlinien der vereinigten Arbeitgeberverbände, vertreten durch die Geschäftsstelle des Reichsarbeitgeberverbandes Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände, Folge geleistet. Er hat nämlich anerkennen müssen, daß er nach Recht und Billigkeit

den Anspruch der Arbeitnehmer für begründet halte. Er wagte es aber doch nicht, dieser auch an anderer Stelle vertretenen Auffassung konsequent treu zu bleiben. Immerhin waren die Gründe der Arbeitnehmer doch so durchschlagend, daß das im zweiten Satz der Entscheidung enthaltene Kompromiß von den Arbeitgebervertretern und dem unparteiischen Vorsitzenden als ihre Rechtsauffassung verkündet wurde. Wir verraten wohl kein Geheimnis, wenn wir, ehe die Reichsgeschäftsstelle ihre Erläuterungen hierzu selbst herausgibt, folgendes mitteilen:

Die Arbeitgebervertreter erklärten, man könnte auch die Freizeit dergestalt zusammensetzen, daß unter Umständen ein voller Urlaubstag als Extravergünstigung gewährt werden könne. Damit wird nach dem Rezept gearbeitet: „Warum denn eine Sache einfach machen, wenn man sie komplizieren kann.“ Die einzelnen Betriebsverwaltungen werden in der Praxis über sozialistische Weisheit den Kopf schütteln. Diese werden wohl den auch vom unparteiischen Vorsitzenden vorgeschlagenen Weg einer „sonstigen“ Geldabfindung für den einfacheren halten.

Als sonst etwa zu gewöhnliche Vergünstigung wurde von den Rechtsfindern auf Arbeitgeberseite auch vorgeschlagen unentgeltliche Lieferung von Kleidungsstücken, Nahrungsmitteln! Wir schlagen vor, da bares Geld möglichst nicht direkt gezahlt werden soll, Anlegung und Einzahlung auf Bankkonto, statt Lohn für die zwei Stunden „Gehalt“ zu zahlen, oder unentgeltliche Herabgabe von Laubland, Ueberrahme eines Teiles der Wohnungsmiete, oder Verschaffung von Nebeneinnahmen durch Entsendung in einen tantiemehaltenden Aufsichtsrat usw. Jeder bei uns einlaufende 100. Vorschlag wird prämiert! Wer den 1000. einreicht, wird Ehrenmitglied in der Vereinigung unparteiischer Vorsitzender!

Zur vorläufigen Illustration über die Tätigkeit der in Frage kommenden Herren Unparteiischen diene noch folgendes zur Kenntnis. Am 29. Mai kam es, nachdem der Zentralausschuß von morgens 9 Uhr bis abends 11 Uhr getagt hatte, aus Anlaß der Streitigkeit Berlin betr. § 7, Ziffer 2, und § 13, Satz 3, zum offenen Konflikt. Die Arbeitnehmer verließen vor Verkündung der Entscheidung des Sitzungszimmer. Trotzdem wurde die Entscheidung als rechtmäßig verkündet. Die noch anstehende Streitfrage Kiel konnte nun nicht mehr verhandelt werden.

Tarifwidrig erließ der Unparteiische unter Zustimmung der Arbeitgebervertreter eine Anordnung, daß zum 4. Juni eine neue Sitzung stattfinden. Dem Unparteiischen stand dazu kein Recht zu. Festsetzung des Termins erfolgt durch die Männer des Zentralausschusses.

In der Sitzung am 4. Juni beantragte der Parteivertreter der Arbeitnehmer und Arbeitnehmervertreter Verhandlung, um den Vertragsparteien Gelegenheit zu geben, die strittigen Punkte durch Verhandlung zu klären. Eventuell sollte in der neuen Sitzung unter drei Unparteiischen verhandelt werden, zu gleicher Zeit aber der von Arbeitnehmerseite angebotene Beweis nachgeprüft werden. In einer etwa 3 1/2 stündigen Verhandlung über diese geschäftsordnungsmäßigen Anträge erreichten es die Arbeitgeber, daß der unparteiische Vorsitzende diese Anträge zu Fall brachte. Damit sollte wahrscheinlich ein Wahrzeichen von sozialem Verständnis erreicht werden. Zum Dank ließen dann die Arbeitgeber den Herrn bei der Abstimmung in Stich. Die Streitfrage Kiel, die wir vielleicht noch ausführlicher behandeln müssen, wurde dadurch erledigt, daß der Unparteiische in Abwesenheit der Arbeitnehmer unter Stimmhaltung der Arbeitgeber „Einstimmig“ das Urteil „fällte“ und verkündete. Damit wird aber der Zentralausschuß als Schlichtungsinstanz nach nur der Mächtigkeit überantwortet. Damit ist der Bogen denn doch erheblich überspannt worden.

Hier muß Remedur geschaffen werden. Der Verhandlungsleiter erwartet, daß, wenn es sich als notwendig erweist, die Kollegenschaft geschloffen bei dieser Arbeit Hilfe leisten wird.

Der Ansturm auf den Achtfundentag.

Es ist kein Zweifel, daß das kapitalistische Unternehmertum in den letzten Jahren einen außerordentlichen Machtzuwachs zu verzeichnen hat. Er ist wesentlich begünstigt worden durch die Währungsstarkatrophe, in die Deutschland gestürzt wurde. Sie war viel schlimmer als die russische. Schon vor dem abgrundtiefen Sturz der deutschen Währung hat das Unternehmertum seine Macht wachsen sehen. Hieraus zog sein Ansturm auf den wesentlichsten Kern der Arbeiterbewegung, den Achtfundentag, die Kraft. Im November 1922 erklärte Stinnes, „daß das deutsche Volk eine Reihe von Jahren (zehn, fünfzehn) sicherlich zwei Stunden pro Tag mehr arbeiten mußten“. August Thyssen verlangte in einem Briefe an den damaligen Reichskanzler Brüning dasselbe, „selbst auf die Gefahr, den schärfsten Widerstand der Arbeiter und Angestellten hervorzurufen.“

Sobald der sozialistische Einfluß aus der Regierung ausgeschaltet war, fanden die Sirenenrufe der Scharfmacher bei den bürgerlichen Regierungsovertrettern willigere Ohren. Es ist richtig, daß Deutschland nur durch Steigerung seiner Gütererzeugung zu einem Ausgleich seiner Handelsbilanz und einer besseren Versorgung seiner Bevölkerung kommen kann. Die Wiederherstellung einer ausreichenden Produktion ist aber nur möglich im Rahmen der achtfundigen Arbeitszeit. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß mit Zustimmung der Gewerkschaftsovertretung einige Abweichungen gestattet worden sind. Für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ist der Achtfundentag niemals ein solches Dogma gewesen, daß eine Verneinung der Produktion durch Überarbeit dort, wo sie unbedingt erforderlich ist, und so lange, bis wieder im Rahmen des Achtfundentages ein Ausgleich gefunden ist, abgelehnt worden wäre. Aber die wirtschaftliche und soziale Vernunft erfordert es, daß die Regelung der Überarbeit nicht auf dem Wege eines gesetzlichen Zwanges den Arbeitern auferlegt wird, sondern durch Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Gewerkschaften haben sich immer wieder bereit erklärt, solche Vereinbarungen tarifvertraglich abzuschließen und für ihre Durchführung einzutreten.

Die Regierung verführte keine Reigung, diesen Weg zu beschreiten. Sie regelte durch Verordnung vom 21. Dezember 1923 die Arbeitszeit neu, nachdem schon am 17. November 1922 die bisherigen Verordnungen über den Achtfundentag zu Fall gebracht wurden. Ununterbrochen hat die Regierung die Wünsche der Unternehmer bisher berücksichtigt. Sie scheint noch immer der Meinung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu sein, die am 17. November, dem Tage, an dem die bisherigen Verordnungen abliefen, meinte, „daß der Achtfundentag der raffinierteste Luxus ist, gegen den der schlaue Luxus in den Kampfabfällen und Schieberfällen nur ein bedürftiges Dem ist“. Damit ist die prinzipielle und grundsätzliche Stellung der Unternehmer zum Achtfundentag vor aller Welt offen dargelegt, und nur ein Knackschabel kann diese Wahrheit umbiegen.

Endlich erscheint den Unternehmern ein „Retter“ in der Person des Herrn Robert Albert, Dresden, der im Verlag der Deutschen Wirtschaftspolitischen Gesellschaft ein kleines Büchlein von Unternehmern erschienen lassen darf unter dem Titel: „Was die Arbeiter über das Washingtoner Abkommen und über den Achtfundentag nicht erfahren.“ Die Broschüre soll eine Ergänzung zu dem Stabredat des Herrn Reich: „Arbeiterchaft und Erfüllungspolitik“ sein, von dem wir unsere Leser in Nr. 24 der „Gewerkschaft“ informiert haben.

Uns im einzelnen mit der „Aufklärungsschrift“ des Herrn Albert auseinanderzusetzen, ist unnötig. Der Inhalt der Schrift ist zu dürftig. In ihm ist eine Zitatenansammlung zusammengetragen, die von Marx und Robertus beginnend, über Bebel, Crispian, Cohen-Reich bis zu den beamteten Vertretern der deutschen Unternehmerschaft Zeugnis ablegen soll, daß der deutsche Arbeiter „von seinen Führern die Wahrheit über den Versailles Friedensvertrag nicht erfährt“. Und nun erfahren wir die reine „Wahrheit“ von Herrn Albert. Sie steht so aus: „Tatsachen sind ertig Ding“ (Ausspruch von August Bebel, Seite 5). „Das Washingtoner Abkommen ist erst von fünf kleinen Staaten ratifiziert“ (Seite 6). „Es ist eine bemerkenswerte Erscheinung, daß viele führende Persönlichkeiten ihrer Überzeugung nicht mehr Ausdruck zu geben wagen“ (Seite 6), ein Zitat von Fritz Reuter aus „Unser Bräutigam“. „Der Lach ist über“ (Seite 7). Dr. Habersbrunner „... wir glauben an Gefühle und Gedanklichkeit“ (Seite 7). Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: „Deutschland muß mehr arbeiten“ (Seite 9). Legien: „Der Achtfundentag ist für alle Kulturländer durch internationale Vereinbarungen festzusetzen“ (Seite 9). So geht es weiter, bis wir auf Seite 23 Genossen

Erspien giltert finden mit dem bekannten Ausspruch: „Ich kenn' kein Vaterland, das Deutschland heißt.“ „Was sagen dazu alle die Arbeiterredakteure, Arbeiterredner und Arbeiterabgeordneten?“ fragt der neugierige Albert. Wir antworten darauf: Der Ausspruch Erspiens hat Deutschland nicht so viel geschadet wie diejenigen Selbstergeben des Herrn Albert, die in „Deutschlands tiefster Not“ ihre Vermögen und Sachwerte ins Ausland schickten, um den deutschen Staat in seinen Existenzkämpfen zu schmätern, und die dadurch die bedrückte Lage heraufbeschwören konnten.

Diese Albertische „Wahrheit“ ist noch erbärmlicher als die berühmte Brunnische „Wahrheit“. Und dieser Albert hat in der sozialistischen Bewegung lange Zeit eine beachtliche Rolle gespielt, bis zum Abbruchwehren just das rechte Bettler war. Keiner von uns duldet sich ein, ein Prophet zu sein, und alle müssen wir, daß die von uns zu lösenden Aufgaben nicht immer zu unserer Befriedigung ausfallen werden. Wer aber wie Herr Albert die Wahrheit zu sagen verspricht und es nicht tut oder nicht kann, dem antworten wir mit dem bekannten Sprichwort: „Wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht, der bleibt fürwahr ein erbärmlicher Nicht.“

Die Klärungsschriften des Sojuz und Albert sind ihren Verfassern und selbst den redaktionellen Kreisen der „Nationalpost“, des offiziellen Organs der Deutschnationalen Volkspartei, zu hohem Lobet. Sie zählt die Verfasser dieser Schriften zu dem Selbstvertrauensvollsten, die unterrufen „sich als Sachverständige der Arbeiterschaft gegenüber aussprechen, die nicht das Zeug dazu haben und Verantwortung nicht verdienen.“ Und Nr. 122 der „Nationalpost“ widmet den beiden folgenden Stammbuchvers:

„Herr Albert ist ein Mann, der immer in der Arbeiterschaft hoch steht, hoch dort herangezogen hat, und wer Sojuz ist, weiß man nicht, wenn der Mann aber wie sein Werk, denn dürfte er Herrn Albert gleichwertig sein. — Mit solchen Stammbuchversen laßt man seinen Hund hinter dem Ofen herder, jenseit, wenn damit nur Geld verdient werden soll. Man wendet da nämlich von riesiger Summen, die dafür verpaidet worden sind und die unterwegs hängen geblieben sein sollen, bevor sie ihren eigentlichen Zweck erfüllen.“

Mit diesem Urteil der „Nationalpost“, die ja die beiden Herren aus nächster Nähe kennen muß, wollen wir die Partei belächeln. G. F.

Gegen Unternehmerübermut — für Industrieorganisationen — gegen Hochschulzöllnerei

Der Bundesausschuß des ADGB nahm am 12. Juni 1923 zu der famosen Denkschrift der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ (siehe „Gewerkschaft“ Nr. 24 unter „Ausschüsse“) Stellung. Dazu bezieht er folgende Äußerung:

Die am 12. Mai von der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ an die Reichsregierung gerichtete unerwünschte Denkschrift über Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik und Währung beruht auf dem Inhalt des ADGB, gegen die völlig falsche und irreführende Darstellung über die Grundlagen der deutschen Wirtschaft und die Auswirkungen der von den Gewerkschaften betriebenen Lohn- und Arbeitszeitpolitik erhebliche Verwahrung einzulegen. Die Unternehmer haben wiederholt in Denkschriften an die Regierung und in der Öffentlichkeit den von ihnen mit allen Kräften mittels verschiedensten Standpunkt, durch Verschleierung der Tatsachen, verbunden mit noch weiterer Profiteure des Kaufens der Preisen, und durch unentgeltliche Verlängerung der Arbeitszeit die Schwere der deutschen Wirtschaft zu überwinden, zu verherrlichen versucht. Die Gewerkschaften haben demgegenüber stets den von den Unternehmern gebotenen Weg als durchaus falsch, als unzureichend für die deutschen Arbeiter und auch als für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll abgelehnt und bekämpft. Sie werden dies auch weiter tun. — Deutschland kann nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entzweiung der Löhne und Arbeitszeit der Arbeitnehmer, sondern an dem Einsetzen der Unternehmer, sich selbst möglichst jedem wirtschaftlichen Opfer zu entziehen und einseitig den Arbeitnehmern die Last des Währungsverlustes durch den Weltkrieg und seine Folgenlastungen gestärkten Wirtschaft aufzulegen. — Der Fall ist ein sehr viel geringer als in der Vorkriegszeit. Jeder diese Tatsache kann der etwas höher liegende Lohn einiger weniger für die Gesamtvolk-

schaft der Zahl nach unbedeutender Gruppen von Hochschülern nicht kompensieren. Die Höhe in den außerordentlichen Jahren liegen ganz beträchtlich über den deutschen Löhnen, und selbst im Normalstand im Vergleich zur Vorkriegszeit eine wesentliche Erhöhung, so daß die deutsche Industrie im Wettbewerb mit diesen Ländern von der Höhe der Lohnkosten nicht ungunstiger als früher gestellt ist. — Die deutschen Sozialisten sind, gewissen an der allgemeinen Weltentwicklung, nicht über die Belastung in der Vorkriegszeit hinauszuweisen. Soweit durch Volkswirtschaft und dergleichen früher eine indirekte Kapitalerhöhung ist, ist diese längst mit den Vermögenswertbestimmungen verschwunden. Der Unternehmer ist daher in der Lage, unangenehm ist von sich aus die Produktion und Betriebsführung durchzuführen. Das National, das die zum Krieges auf sozialpolitischem Gebiet hinter Deutschland zurückbleibt, was genügt, gleichfalls soziale Einrichtungen zu schaffen, deren Nutzen liegt in einigen Ländern beträchtlich über die Anforderungen der deutschen Wirtschaft hinausgehen. — Die Behauptung, daß Produktion und Güterverkauf heute nur 70 Proz. des Vorkriegsstandes betragen, während die Kosten der einzelnen Arbeitskraft 60 bis 100 Proz. über dem Vorkriegsstand liegen, ist unrichtig und beweislos. Jeder in die schärfste Sozialforschung der Arbeiter (Forschung und Statistik) betreiben jeder des Gegenteils, was kann die Vereinigung der Arbeitgeberverbände irgendein Beweis erbringen, daß die Produktivität auf 70 Proz. gesunken ist. Die Arbeitsintensivität allgemein gegenüber der Vorkriegszeit wird wesentlich gesteigert. Stärker Anspannung des einzelnen Arbeiters hat den Anstieg der Arbeitszeit mindestens ausgeglichen, wenn nicht überhöht. Aber auch hinsichtlich der Arbeitszeit ist Deutschland im Wettbewerb nicht ungunstiger gestellt, weil auch das National, wenn in Höhe

Der städtische Gartenbaubeamte.

Von Ad. Seyfarth, Wiesbaden.

Obwohl eines Berufs, sind doch die Aufgaben eines in einem Privatbetrieb und eines in einem städtischen Betrieb tätigen Gartenbaubeamten verschieden gartet. Ersterer schafft vorwiegend nach den Wünschen und Interessen des Inhabers des Betriebes, dem er dient. Wollen und Handeln sind abhängig vom dem jeweiligen Willen seines Anstellers. Er wird somit in seiner vollen persönlichen Entfaltung beschränkt und wird so oftmals zum Geführten.

Die von ihm zu lösende Aufgabe ist der Wunsch einer Einzelperson, höchstens einer Familie oder Gesellschaft. Die Auswirkung seiner Tätigkeit soll sich vorwiegend auf den jeweiligen Chef geltend machen, ist also in der Zeit einer Beschränkung unterworfen. Oftmals ist Lösung der gestellten Aufgabe von rein wirtschaftlichen Interessen abhängig.

Anderer bei dem in städtischen Diensten tätigen Gartenbaubeamten. Die ihm gestellten Aufgaben sind zunächst der Wunsch und Wunsch einer mehr oder weniger großen Volksgemeinschaft. Das nun zu Schaffende soll nicht nur für eine kurz bemessene Zeit, sondern auch für kommende Generationen geschaffen werden oder das Geschaffene soll würdig erhalten und wenn nötig weiter ausgebaut werden.

Der Auftrag selbst verliert sich nicht in Einzelheiten, so daß eine weit größere Entfaltung des Beauftragten möglich ist. Er muß keine Aufgabe so hoch einschätzen, daß er fälschlich auf die betreffende Volksgemeinschaft einwirkt.

Um nun seiner Aufgabe gerecht zu werden, muß er nicht nur seine eigenen Erfahrungen einsehen, sondern er muß sich auch die

Erfahrungen seiner Berufskollegen zunutze machen. Eine ungenügend reichhaltige Fachliteratur steht ihm hierzu zur Verfügung.

Eine ständig sprudelnde Quelle von neuen Anregungen sind ihm Kunst und Wissenschaft.

Die Gartenbaukunst ist, wie alle Kunst, dem jeweiligen Stand der Zeit unterworfen. Jedoch in einer Weise, daß sie mehr von der sie beherrschenden Baukunst geführt wurde, als daß sie selbst als führend auftrat.

Mit dem Ausdruck: „Der Garten ist die erweiterte Wohnstätte“ wurde gleichzeitig die Gestaltung des Gartens von der Wohnstätte abhängig. Unsere städtischen Parks, Sport- und Spielplätze sind nun, im Gegensatz zum Stadtplan, der vorwiegend der Berücksichtigung des Städtischen dienen soll, der Ruhe- oder Bewegungsgarten der die Stadt bewohnenden Volksgemeinschaft.

Die Lage dieser Anlagen wird bedingt durch das zur Verfügung stehende Gelände und die möglichst nahe Lage zur Wohnstätte der betreffenden Bevölkerung.

Überall wo die Anlage sich einfügen muß in die Umgebung ihrer Umgebung, wird sie beherrscht von ihr. Nur da, wo neue Anlagen geschaffen werden, kann sie sich frei entfalten und wird so im beschränkten Maße Führerin der Baukunst.

Hieraus geht hervor, daß der Gartenkünstler sich mit der Baukunst befreunden muß, und ihr Studium ist gleichzeitig ein Studium der Baukunst, um je nach dem Gegebenen diese zu haben (die Baukunst) oder jene (die Gartenkunst) von ihr haben zu lassen. Vor meinen Augen erstet ein Bild von Richard Koller „Sommermittag“. Eine leicht bewegte Landschaft, einige Birken, Beteln und Pappeln, ein kühles Wasser, weit im Hintergrund wenige Häuser in einfachen Formen. Fruchtvoll haben Licht und Schatten

viel stärkerem Ausmaße wie Deutschland, die Arbeitszeit verkürzte. — Wenn trotzdem die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedroht ist, so liegt die Ursache in der volkswirtschaftlich einseitigen — Stellungnahme weiter Unternehmerrreise, die nach wie vor frampfhaft bemüht sind, in Gewerbe, Handel und Bankwesen die kalkulatorisch angelegten Grundlagen der deutschen Wirtschaft aufrechtzuerhalten, und sich wehren, endlich die nötigen Voraussetzungen für den notwendigen Preisabbau zu beschaffen. Der ADGB hat (bisher leider vergeblich) immer wieder auf die allein von Industrie, Handel und Banken zu schaffenden Voraussetzungen für eine endliche Gesundung hingewiesen. — Die Gewerkschaften sind bereit, alle Schritte zur Steigerung der Produktivität zu unterstützen, aber sie wehren sich dagegen, daß diese Steigerung auf Kosten von Lohn und Arbeitszeit geschieht. — Die Arbeitgeber sind, wie die Denkschrift und die überall im Reich beobachteten Maßnahmen beweisen, zum Generalangriff auf die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter gewillt. In dieser ersten Stunde erhebt der Bundesausschuß des ADGB seine warnende Stimme. Die Gewerkschaften nehmen den Kampf an in dem Bewußtsein, daß sie die kulturelle Zukunft der Masse des deutschen Volkes zu verteidigen und zu sichern haben. Die deutsche Wirtschaft kann nur dann vor gefährlichen und tiefauswühlenden Kämpfen bewahrt werden, wenn die deutschen Unternehmer endlich begreifen, daß nicht die weitere Verelendung der Arbeiter zur Gesundung führt. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch höhere, zweckvolle Technisierung, energische Ausschaltung aller überflüssigen und vertenernden Glieder in Industrie, Handel und Geldverkehr, durch Beschränkung auf volkswirtschaftlich tragbare Gewinnmargen und durch endliche Preisgabe des durch Krieg und Inflation schädlich überspannten Produktionsapparats, ohne Rücksicht auf die Interessen der einzelnen. — Der Bundesausschuß erwartet, daß die Reichsregierung dem von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an sie gerichteten Appell, durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verweigerung von Lohnerschöngungen an Arbeiter und Beamte des Staates zur Verabreichung des Lebenshaltungsfonds des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt. Sondern im Gegenteil den Gewerkschaften in ihren dem Volkswesen dienenden Bestrebungen jeden staatlichen Schutz und Beistand gewährt.

Dann wandte sich der Bundesausschuß dem gewerkschaftlichen Organisationsproblem zu. Seit dem Leipziger Kongreß, der Bundesvorstand und Bundesausschuß beauftragt hatte, einen Plan für den organisationalen Aufbau von Industrieverbänden vorzulegen, ist die Organisationsfrage in einer zu diesem Zweck eingesetzten Kommission erörtert worden. Die Abgrenzung der Industrien wurde an Hand eines vorläufigen Schemas zwischen den beteiligten Verbänden Anfang d. J. besprochen. Die Beratungen der Kommission, die nach diesen Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, führten zwar nicht zu einem einmütigen Ergebnis, aber doch zu einer bedeutsamen Klärung der Anschauungen. Die Anhänger der Industrieverbände haben dem Ausschuss einen von dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, D i h m a n n, ausgearbeiteten Plan vorgelegt, der sowohl allgemeine Richtlinien für die Schaffung von Industrieverbänden aufzuzeigen verucht, wie im einzelnen den organisationalen Aufbau und den Wirkungsbereich der zu schaffenden Industrieverbände darzulegen unternimmt. Nach

miteinander. Wunderbar gehen die Farben ineinander auf. Alles atmet Schönheit, Ruhe, Harmonie. Wahrlich ein unvergleichbares Vorbild, Gelände, Pflanzung und Baumerk in Einklang zu bringen.

Und jenes Bild Hoffmanns von Fallerleben „Winter im Riesengebirge“. Im Hochgebirge eine Nüchternheit, zu beiden Seiten mächtige Tannen, von urwüchsiger Kraft, trotzend Kälte und Sturm, mit starken Wurzeln im Boden fest verankert. Gebrochene Äste zeugen von Sturm und Not.

Schwer und ernst, so wuchtet es auf dem Beschauer. Doch auch hier Schönheit und Harmonie.

Ist es nicht, als ob der Künstler zu uns sagen wollte: Bringt nicht jeden dürrten Ast der Säge und Schere zum Opfer, ihr nehmt euren Parks die Seele, wenn ihr deren Bäume zurechthutzen wollt, wie ein König seine Soldaten?

Diese genannten beiden Werte sind rein impressionistischer Art. Bei zeichnerischer Darstellung von Studien geht man bereits auch in der Gartenkunst zum Expressionismus über, ja vereinzelt noch weiter links. Inwieweit sich diese neue Kunstrichtung in der Gartengestaltung selbst auswirkt, ist noch nicht zu übersehen. Da jedoch unsere Landschaftsmaler ein besonders fein empfindendes Sehen bekunden und das Erschaute mit sicherer Hand auf die Leinwand zu bannen verstanden, so hat die Malkunst befruchtend auf die Gartenkunst eingewirkt. Ein weiterer Förderer der Gartenkunst ist die Wissenschaft. Sie vermittelt uns die Kenntnisse von dem Aufbau und Lebensbedingungen der Pflanzen. Erschließt uns die Vorgänge im Boden und zeigt uns den Einfluß des Lichts und der Wärme auf die Pflanze.

Auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung werden die neuzeitlichen Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel aufgebaut.

Ueberzeugung dieser Gruppe ist es durchaus möglich, einen einheitlichen Plan zur Durchführung zu bringen. Dieser Auffassung widerspricht eine zweite Gruppe, die eine Organisationsumformung der Gewerkschaften im Sinne des Leipziger Beschlusses nicht für sachlich notwendig hält, da die industrielle Konzentration sich weder so einheitlich und schnell noch in der Richtung vollzieht, wie von der ersten Gruppe angenommen wurde. Sie hält einen Umbau der Gewerkschaften auf Grund des Leipziger Beschlusses durch gegenseitige Vereinbarung nicht für möglich und erklärt es für unzumutbar, die bisherige organische Entwicklung durch gewaltsame Eingriffe stören zu wollen. Eine dritte Gruppe hält zwar die zwangsweise Durchführung des Neuaufbaues der Gewerkschaften nicht für angebracht, aber sie erkennt doch, im Gegensatz zu der zweiten Gruppe, die grundsätzliche Richtigkeit der dem Leipziger Beschluß zugrunde liegenden Auffassung über den Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen auf die Gestaltung des Organisationsaufbaues an. Auch sie wendet sich gegen eine zwangsweise Lösung und hält eine gesunde Entwicklung nur durch gegenseitige Verständigung der beteiligten Gewerkschaften über die zweckmäßige Abgrenzung der Organisationsgebiete oder Zusammenlegen von Organisationsgruppen für möglich. Den beiden letztgenannten Gruppen gemeinsam ist die Auffassung, daß neben der Vereinheitlichung der Verwaltung usw. ein Ausbau der Bundeseinrichtungen für die gemeinsame Interessenvertretung auf wirtschaftlichem, wirtschaftspolitischem, sozialpolitischem und rechtlichem Gebiet wünschenswert sei. Der Bundesvorstand hat zu der Organisationsfrage erst Stellung genommen, als Anfang Juni das Ergebnis der Beratungen der Kommission vorlag. Seine Meinung geht dahin, daß zwangsweise durch einen verbindlichen Kongreßbeschuß eine Lösung des Organisationsproblems nicht möglich ist. Dagegen glaubt er, durch eine Aenderung der Bundesstatuten die erstrebte Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte wirksam fördern zu können.

Schließlich wurde beschlossen, die Verbänden darüber auszusprechen, um den Vorständen der Verbände Gelegenheit zu geben, die dem Bundesausschuß gemachten Vorschläge noch einmal zu prüfen. Die nächste Bundesausschußsitzung soll darüber endgültig entscheiden. Dann wurde über die Schulzollvorlage diskutiert, die entschiedene Ablehnung erfuhr. Folgende Entschlieung wurde einstimmig angenommen:

„Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die Haltung seiner Vertreter im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die in ihrer Stellungnahme zu einem Zolltarif für den Absatz von Handelsverträgen bestrebt waren, den Massenverbrauch in Deutschland nicht zu belasten und dem zollfreien Warenantrieb unter den Völkern die Wege zu ebnen. Wo sie bei den Bestimmungen in der Minderheit blieben, haben sie ihren Standpunkt durch ausführliche Erklärungen begründet. Die unumkehrbar veröffentlichte kleine Zollvorlage der Regierung steht im Widerspruch zu dem Standpunkt, der von den Vertretern der freien Gewerkschaften im Zollausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats ver-

So ist die Wissenschaft in hervorragender Weise an der Erzielung von Hochkulturen beteiligt. Ihre Auswirkung erleben wir an der nach wissenschaftlicher Grundlage betriebenen Aufzucht und Pflege der Pflanze.

Zu immer größerer Vervollkommenung gelangen die zum gärtnerischen Gebrauch verwendbaren Maschinen und Gerätschaften. Ihnen muß der Gartenbaubeamte in ganz besonderer Weise seine Aufmerksamkeit schenken. Gute Maschinen und Gerätschaften vervielfältigen die Arbeitskräfte.

Je mehr die durch ihre Vervollkommenung bedingte Einführung der Maschine erfolgt, in dem Maße wird eine bis heute häufig und gern benutzte Wärme- und Düngequelle versiegen.

Agrikulturchemie und Technik sind bestrebt, hierfür vollen Ersatz zu bieten.

Rhythmus, Harmonie und Schönheit, das ist das Bestimmende, was in dem Wert der Gartentüftler zum Ausdruck kommen soll. Um dieses zu erreichen, muß der Gartentüftler schon mit einer groß und fein empfindenden Seele geboren sein, die nach einer guten Ausbildung auch in der Lage ist, das wiederzugeben, was in ihr lebt. Je nach ihrer Umgebung muß nun all die Herrlichkeit für sich abgeschlossen werden oder in ihrer Umgebung ausgehen.

Hoch und frei liegt mein Haus, umgeben von Baum und Busch, so war es eine begrenzte Fläche für sich. Eine kleine Auslichtung, und nun grünen mich im weiten Umkreis die Lichter von Wiesbaden, Biebrich und Mainz, Frankfurt sendet mir seinen Feuerschein. Offen liegt der gestirnte Himmel über mir.

Das gibt in stillen Stunden große und tiefe Gedanken. Ohne Geländezukauf fand hier eine ungeheure Erweiterung meines Gartens statt.

Um nun seine eigene Erfahrung und die seiner Fachkollegen, die

schien worden ist. Sie ist unvereinbar mit den Lebensinteressen der großen Volksmassen. Sie geht nicht nur bei einer großen Anzahl industrieller Positionen — Eisenwaren, Holzwaren, Textilien — über die vom Zollschutz in seinen Entschlüssen an die Regierung vorgeschlagenen Zollhöhen weit hinaus, sie sieht auch ungemein hohe, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft unmittelbar belastende Agrarzölle vor, Zölle auf Vieh, Fleisch und Mehl, besonders aber die Vorkriegszölle auf Weizentreibende als Mindestzölle. Diese Zollvorlage, zum Gesetz erhoben, würde in ihren Auswirkungen zu einer unerträglichen Lebensvertenerung der Arbeiterschaft, in weiterer Folge zur Verminderung der Kaufkraft des deutschen Volkes, zur Verhinderung eines ausnahmsfähigen Inlandsmarktes, zur Beeinträchtigung der Exportfähigkeit Deutschlands führen. — Zudem hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an Regierung und Arbeitsministerium das eindringliche Ersuchen gerichtet, dem Drängen der Arbeiterschaft nach einem Ausgleich ihrer Lebensvertenerung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. — Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt hiermit schärfsten Einspruch gegen eine Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Schutzzölle die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verteuert, auf der anderen Seite einen Ausgleich in Form von Lohnerhöhungen ablehnen möchte. Er fordert insbesondere Zollfreiheit für alle industriellen Rohstoffe, Halbzug und notwendige Bedarfsgegenstände, ferner für Brotgetreide und alle wichtigen Lebensmittel, besonders Mehl und Kartoffeln, Schlachtvieh und Fleisch und für alle notwendigen Futtermittel. Er richtet an Regierung, Reichsrat und Reichstag das dringliche Ersuchen, die Zollvorlage in diesem Sinne umzuwandeln und weiterhin Vorkehrungen zu treffen, daß in den Handelsverträgen nicht Industriezölle festgesetzt werden, die zur Vertenerung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung führen. Der Aufbau der Wirtschaft in Deutschland erfordert gebieterisch eine Wirtschaftspolitik, die das höchste Gut des deutschen Volkes, die Arbeitskraft, schützt und fördert.

Die Zentralvorstände haben sich im Geist dieser Entschliebung einstimmig bereit erklärt, sich an der planmäßigen Abwehraktion gegen die schutzöllnerischen Bestrebungen von Regierung, Industrie und Landwirtschaft nachdrücklich zu beteiligen und für diese Zwecke 10 Pf. pro Mitglied, insgesamt also 750 000 Mk., zu bewilligen.

Der Bundesvorstand beauftragt, im Bundesbureau eine Abteilung für Gewerbehygiene zu errichten. Von der weit überwiegenden Mehrheit der Mitglieder wurde anerkannt, daß durch diese Erweiterung des Bundesbureaus nicht nur einem dringenden und häufig empfundenen Mangel abgeholfen wird, sondern daß es sich hier um einen Aufgabenkreis handelt, der wirksam nur von der Bundesleitung in Angriff genommen werden kann. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß die Delegierten sich für die aus diesen Gründen notwendige Erhöhung der Bundesbeiträge bei ihren Vorständen einsehen werden. — Der Ausschuss wandte sich sodann der Erörterung der Anträge zu, die der Bundesvorstand zur Änderung der Bundesentscheidungen eingebracht hat. Zum Teil handelte es sich um rein redaktionelle Änderungen; zum Teil um Vorschläge, die eine Vereinfachung der Verwaltung bezwecken, Ueber die vorgeschlagenen Abänderungen wird endgültig erst in der nächsten Ausschussung entschieden werden. — Am Schluß der

Erregenschaften von Technik und Wissenschaft in einem großen Betrieb auswirken zu lassen, dazu braucht der Gartenbeamte viele fleißige Hände. Das Verhältnis zwischen dem Beamten und Arbeiter erscheint mir nun so wichtig, daß ich mir gestatte, näher darauf einzugehen.

Wie ein Feldherr keine Schlachten schlagen kann, ohne ein schlagfähiges Heer zu besitzen, ebensowenig kann ein Gartenkünstler, ohne ein gut geschultes Personal zu besitzen, seinen Betrieb auf die Höhe bringen. Jedoch der Gartenbeamte selbst braucht eine Beurteilung.

In den weitaus meisten Fällen werden keine Schlachten geschlagen, um neue Reiche zusammenzuschweißen. In den weitaus meisten Fällen gilt es Bestehendes zu erhalten. Hier ist nun der springende Punkt, wo scheinbar seine Person bedroht ist, mit seinem Talentdrang, seinem Willen und Wollen in Konflikt zu geraten. Wertvolle gärtnerische Schöpfungen zu erhalten oder in dem gegebenen Rahmen zur Vollendung zu bringen, muß für den betreffenden Gartenbaubeamten ein heiliges Gebot sein. Hier gilt es, sich zwar nicht unter, aber einzuordnen in den Willen des Schöpfers und so das Gewollte zur höchsten Vollendung zu bringen.

Dieses Wollen nun auf andere zu übertragen, damit das Gewollte vollbracht werden kann, ist in seiner Art von ganz besonderer Bedeutung. Nicht der ist der richtig Befehlende, der andere durch seinen Befehl zum Sklaven erniedrigt. Rein theoretisch werden durch den Befehl zwei Klassen gebildet: Subjekt und Objekt. Das entspricht jedoch nicht mehr unserm demokratischen Empfinden. Ein solcher Befehl erzeugt nur allzuoft Unlust, Verpötlung oder Empörung. Dieses Befehlen erzeugt Gewöhnung an das Befehlen auf der einen Seite, auf der anderen Seite jedoch Gewöhnung an die Be-

folgung. Dieses schließt nun häufig eine freie Willensbetätigung aus, gleichzeitig erlischt das persönliche Interesse an dem Betrieb und damit ist der Untergebene zum willenlosen Werkzeug, zum Sklaven des Befehlenden herabgesunken.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Der zollpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats gegen den Zolltarif. Der zollpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat am 13. Juni seine Beratungen über die Zollvorlage der Regierung abgeschlossen. Dem Ausschuss lagen eine große Zahl Anträge vor. Seine Entschliebungen bedeuten eine glatte Ablehnung der zollpolitischen Pläne der Reichsregierung. Der Ausschuss hat erstens die Zollvorlage der Regierung als Ganzes glatt abgelehnt. Er hat weiter ausgesprochen, daß die Vorlage der Regierung kein geeignetes handelspolitisches Instrument zur Herbeiführung langfristiger Handelsverträge sei. Schließlich hat er erklärt, daß für die augenblickliche Situation der Nachweis der Notwendigkeit des Zollschutzes für den Getreidebau nicht erbracht sei. Die Regierung befindet sich mit ihrer Zollpolitik also nicht nur in Widerspruch mit der Wissenschaft, sondern auch mit der obersten gutachtenden wirtschaftlichen Körperschaft des Reiches.

• Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter •

Die Baustelle der Landgewinnung in der Legebucht unterliegt dem Domänenrentamt Norden, darüber kommt der Regierungsbaumeister in Aurich, darüber steht der Regierungspräsident in Aurich, und darüber steht das preussische Ministerium für Landwirtschaft und Domänen. Von den im April für die Landgewinnungsarbeiten bewilligten Geldern von 60 000 Mk. werden am 1. Juli 40 000 Mk. verbraucht sein. Dann soll die Arbeit der Landgewinnung einstweilen eingestellt werden. In späterer Zeit ist beabsichtigt, noch zweimal kurze Perioden zu arbeiten, und zwar in dem Umfange, bis die restlichen 20 000 Mk. verbraucht sind. Die dort beschäftigte Kollegenchaft ist der Auffassung, daß die Arbeit nur deshalb eingestellt wird, um der dortigen Landwirtschaft für die Erntezeiten genügend Arbeitskräfte zuzutreiben. Arbeit ist genug vorhanden. Die Landgewinnung in der Legebucht hat zweifellos für die Volkswirtschaft ganz besondere Bedeutung. Große Flächen sind bereits eingedeicht und angewachsen, auf ihnen sind Domänen entstanden, neue Flächen sind bereits so weit gebracht, daß sie als Weideland benutzt werden können und Geld einbringen. Auf älteren Flächen beträgt das Weidegeld pro Rind 120 Mk. und auf der noch neueren Fläche 90 Mk. Die neuere Fläche bringt jährlich 35 000 Mk. Weidegeld und die älteren bringen bedeutend mehr dem preussischen Staate ein. Je intensiver bei der Landgewinnung gearbeitet wird, desto größer ist der Erfolg der Landgewinnung. Große, kaum übersehbare Flächen sind dort noch zu gewinnen und auch zum Teil in Arbeit genommen, deren Fortführung im Interesse der Volkswirtschaft gelegen ist. —

folgend, dieses schließt nun häufig eine freie Willensbetätigung aus, gleichzeitig erlischt das persönliche Interesse an dem Betrieb und damit ist der Untergebene zum willenlosen Werkzeug, zum Sklaven des Befehlenden herabgesunken.

Was unseren Betrieben nützt, sind selbständig arbeiten lernende, verantwortungsvolle, freie Mitarbeiter.

Erziehung der Untergebenen, sich freiwillig einzufügen in den Betriebsprozess ist immer der beste Befehl. Dieser Erziehung sich zu widmen, ist ebenso wichtig, ja noch wichtiger als die Erziehung der Pflanze selbst, denn durch die Untergebenen soll ja erst die Pflanze gezogen werden.

Die beste Erziehung ist das gute Beispiel, darum sei der Befehlende selbst pünktlich, gewissenhaft und fleißig. Dies sind die Grundpfeiler eines gut geführten Betriebes, und diese Grundpfeiler werden von keinem mehr getragen, als von dem Betriebsleiter selbst. Kurze Beispiele auf der Arbeitsstelle sind meist wirksamer als lange Auseinandersetzungen.

Billich fügt sich meist der Untergebene in den Arbeitsprozess ein, wenn er weiß, daß nicht nur die schlechte Arbeit ihren Tadel, sondern die gute Arbeit auch ihre Anerkennung findet. Hat ein Untergebener sich eingefügt in den Prozess, so genügt meist eine einfache Willensäußerung. Freudig wird er dann seine Pflicht tun, schaffen und wirken für einen Betrieb, den er auch für seinen Betrieb hält.

Seine ganze Person einsetzen; Kunst, Wissenschaft und Technik sich nutzbar machen; seinen Willen auf die ihm Untergebenen übertragen und so seine Kräfte vervielfältigen; alles miteinander in Einklang bringen und auswirken zu lassen zum Wohle der Volksgemeinschaft, der er dient — das sind die Aufgaben des städtischen Gartenbeamten.

In den ersten Monaten des Jahres 1925 waren dort 50 bis 60 Kollegen beschäftigt, das ist sozusagen der Stamm, welcher dauernd beschäftigt werden mußte. Für diese Anzahl von Arbeitskräften hätten die bewilligten 60 000 Mf. lange Zeit gereicht. Es ist zweifellos richtig, dahin zu streben, daß dieser Teil zu ständigen Arbeitern gemacht wird und daß dann damit auch die Baustelle als ständiger preußischer Staatsbetrieb zu gelten hat. Nun hat man aber die Zahl der Arbeiter auf etwa 125 erhöht. Das ist mehr als das Doppelte, und dadurch kommt jetzt die Geldknappheit, die während in die Fortführung der Arbeit einzugreifen droht. Die Kollegenschaft ist der Ansicht, daß es lediglich an der Geldanforderung der Betriebsleitung liegt. Würde sie die notwendigen Mittel zur Fortführung der Arbeiten anfordern, so würde auch der preußische Staat diese erforderlichen Mittel bewilligen. Viele Tausende von Quadratmetern Land sind dort noch zu gewinnen und, soweit sie schon dem Meere entfallen sind, durch ständige Pflege zu oberstem und irdendürftigem Weide- und Ackerland herzurichten. — Die Arbeiterchaft dieses Betriebes fällt ohne Zweifel unter den Mantelartikel für die preußischen Verwaltungsbehörden vom 26. April 1924. Hierzu ist zu bemerken, daß die Dienstalterszulagen nicht gewährt werden. Auch Urlaub gibt es nicht mehr. Im vergangenen Jahre haben einzelne Kollegen Urlaub erhalten, dann aber wurde die Urlaubsgewährung für immer eingestellt. Mit Zuschuß zum Krankengeld ist es ebenso. Es gibt nur dann Zuschuß, wenn eine ununterbrochene Arbeitszeit von drei Monaten vorliegt. Infolge der immer wiederkehrenden Arbeitsunterbrechungen kommt es aber nur selten vor, daß Zuschuß zum Krankengeld gezahlt wird. Die Arbeitszeit des Tarifvertrages wird nicht eingehalten. Sie ist kürzer als acht Stunden und verringert deshalb das Einkommen des Arbeiters. Im Unterhaltungsbetriebe wird 7 Stunden gearbeitet und im Liebesbetriebe 6 Stunden. Unterhaltungsarbeiten sind nur an den älteren Flächen auszuführen, die schon genügend hoch angewachsen sind. Es kommen hier nur wenige Arbeiten in Frage. Im Liebesbetriebe ist Vorkultur. Dieses Pensum ist seitens der Betriebsleitung einseitig festgelegt, d. h. diktiert worden. Das Pensum beträgt: 1. Für fetten Heller in 6 St. 12 Quadratmeter, 2. für jungen Heller in 6 St. 17 Quadratmeter, 3. für geordnet 20 Pf., 4. für geordnet 23 Pf., 5. für Watt in 6 St. 20 Quadratmeter, 6. für geordnet 16 Pf., 7. für geordnet 19 Pf. Bei der Gewährung der geforderten Sätze würde ein einigermaßen auskömmlicher Lohn zu verdienen sein. — Die Betriebsleitung hat dafür gesorgt, daß sie keine oder doch nur sehr wenig Aufsicht braucht. Die Hellerarbeiter müssen sich selbst antreiben, wenn sie ihren Tagelohn verdienen wollen. Der fetten Heller nicht leistet, erhält auch den Lohn nicht. Die Anzahl der zu leistenden Quadratmeter hat die Betriebsleitung in 2 und 3 um je 2 Quadratmeter erhöht. Diese Leistung ist wohl noch für junge und besonders fröhliche Arbeiter zu vollziehen, fällt aber älteren und schwächeren Arbeitern ganz besonders schwer. Im vergangenen Jahre haben einige Hellerarbeiter im Höchstfalle 200 Arbeitstage gearbeitet, die anderen entsprechend weniger. Die dauernde Unterbrechung wegen Mangel an Mitteln war die Ursache, und in diesem Jahre sind die Aussichten nicht besser. Es wäre dringend notwendig, daß zur Fortführung des Betriebes der Landtag die nötigen Mittel bewilligt, da es auch im Interesse der Volkswirtschaft liegt. Die Betriebsleitung muß aber auch angehalten werden, dem Tarifvertrag mehr Beachtung zu schenken. Die Kollegenschaft wird selbstverständlich auch ihrerseits alles Notwendige tun, um im gleichen Sinne vorwärts zu kommen. Da sie aber infolge der ungünstigen Verhältnisse zu schwach ist, muß ihr Hilfe von außen kommen.

• Aus unserer Bewegung •

Die Landesversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Wirtschaftsbezirk Sachsen, am 7. Juni 1925 in Meißen, war von 64 Filialen mit 85 Delegierten besetzt. Außerdem nahmen teil 12 Mitglieder der Landesarbeitskommission, 8 Angestellte und vom Verbandsvorstand Kollege Schulz; 27 Filialen waren nicht vertreten. Bei der Eröffnung wies Kollege Preißler auf die erfreuliche Tatsache hin, daß von den im Wirtschaftsbezirk Sachsen beschäftigten 24 000 Gemeindearbeitern und Arbeiterinnen für 19 000 der Reichsmanteltarifvertrag bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses Anwendung finde (die anderen 5000 sind Straßenbahner). Davon seien 18 000 Mitglieder unseres Verbandes. Wir haben wieder eine Mitgliederzunahme von 900 zu buchen. Dem Verband gehören in Sachsen 21 000 Gemeinde-, Staats- und Reichsarbeiter an. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten sprach Kollege Schulz über: „Der bevorstehende 10. Verbandstag und die Satulenerklärung des Vorstandes“. Die Mitteilung des Kollegen Preißler über die Aufwärtsbewegung in Sachsen trifft auch zu für das Reich. Auf internationalem Gebiet ist es uns möglich gewesen, nach Dänemark zur Unterlegung des großen Streits pro Mitglied 50 Pf. abzuführen. 1923/24 konnten im Durchschnitt die Löhne um 50 Proz. erhöht werden, womit aber nicht gesagt sein soll, daß die Erhöhung der Löhne bereits dem Preisrad der Lebenshaltungskosten entsprechend ausreichend ist. Professor Einz-

heimer wird auf dem Verbandstag über das Tarifrecht sprechen. In dieser Frage hat die Organisation viel zu sagen. Dasselbe trifft auch zu über das Schlichtungswesen. Kollege Schulz streifte dann das Problem „Industrieorganisation“. Dabei wies er hin auf die Kommissionsarbeit des ADGB, die nun abgeschlossen und demnächst dem stattfindenden Breslauer Gewerkschaftstongreß unterbreitet wird. Der Widerstreit der Interessen erschwert die Umgestaltung der Berufsverbände in Industrieorganisationen. Für das Personal der öffentlichen Betriebe bleibt die einheitliche Organisation eine unbedingte Notwendigkeit. Aufgabe der Statutenberatungskommission ist es, alle die gestellten Anträge auf ihren Wert für das Verbandsstatut zu prüfen. — Beschlossen wurden Anträge zum Verbandstag, die verlangen, daß der Ausschluß von Mitgliedern in gleicher Abstimmung in den Filialversammlungen erfolgt, daß das Eintrittsgeld einen Wochenbeitrag beträgt und daß die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftstongreß durch Urwahl erfolgt. Außerdem wurden zwei Resolutionen beschlossen. Die eine wendet sich gegen die Technische Rothhilfe, die andere mißbilligt es, daß der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftstongreffes auf Schaffung von Industrieorganisationen ungenügend durchgeführt ist. Alle Anträge zum Verbandstag werden zu gegebener Zeit vom VB, in der „Gewerkschaft“ veröffentlicht werden. D. Red.) Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt. — Dann referierte Kollege Preißler über: „Der Reichsmanteltarifvertrag der Gemeindearbeiter 1925 und die sächsischen Zulagevereinbarungen hierzu. Er gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung des Reichsarbeiterverbandes Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände und der Verhältnisse, wie die Arbeitsbedingungen für die Gemeinde-, Staats- und Reichsarbeiter vor der Revolution festgelegt wurden. Am Tarifverträge auf gesetzlicher Grundlage war nicht zu denken. Die Arbeitsbedingungen wurden meistens vom Arbeitgeber diktiert. Unser Verband besteht seit 1896. Nach der Vereinbarung zwischen der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und der Spitzenorganisation der Arbeitgeber ist im November 1918 durch die Anerkennung der freien Gewerkschaften und der Bestimmungen über die Tarifverträge endlich auch unser Verband von den Verwaltungen der öffentlichen Betriebe anerkannt worden. 1919 konnte der erste Bezirksrat für Sachsen abgeschlossen werden. 1920 hatten sich die deutschen Gemeinden zu einem Arbeitgeberverband zusammengeschlossen. Nach dem Geschäftsbericht des Arbeitgeberverbandes von 1923 sieht sich dieser zusammensetzen aus 733 Städten mit 155 795 Arbeitnehmern, 148 Landgemeinden mit 1453 Arbeitnehmern, 164 Landkreisen mit 428 Arbeitnehmern, 8 Kreisstadtverwaltungen mit 2885 Arbeitnehmern, 10 gemeindefreiwirtschaftlichen Betrieben mit 4259 Arbeitnehmern, 30 sonstige Verwaltungen mit 1524 Arbeitnehmern. Also erfaßt der Reichsarbeiterverband 168 444 Arbeitnehmer. Der Wechsel der Rechtsverhältnisse der Gewerkschaftsklassen sind seinen Niederlagen in dem Abschluß der Tarifverträge. 1920, 1921 und 1923 sind die Tarifverträge frei vereinbart worden; 1924 erhielten wir aber einen Zwangstarif, der eine Reihe Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen brachte. Der Verband mußte sich damit abfinden. Deshalb beschloß der Verbandsrat im Januar 1925 in Köln einstimmig, den Verbandsvorstand zu beauftragen, den Reichsmanteltarifvertrag der Gemeindearbeiter zu kündigen. Letzteres ist geschehen und nach einer Anzahl schwieriger Verhandlungen ist nun wieder ein Reichsmanteltarifvertrag mit einigen Verbesserungen in freier Vereinbarung zustande gekommen. Die Bedeutung der Zulagevereinbarungen zum Reichsmanteltarifvertrag liegen in der Festhaltung aller bisherigen besseren Arbeitsbedingungen (Urlaub, Krankengeld, Sonntagszuschläge usw.). Die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der Landesarbeitskommission und dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden sind noch nicht abgeschlossen. Die Kollegen haben dadurch keinen Schaden, weil die alten Zulagevereinbarungen bis zum Abschluß der neuen weiter in Kraft bleiben. Letzteres ist auch aus einer Mitteilung der Zeitschrift des Arbeitgeberverbandes an seine Mitglieder ersichtlich. Es würde die Aufgabe der Tarifkommission sein, alle beantragten Verschlechterungen des Arbeitgeberverbandes für die Zulagevereinbarungen abzuwehren. In der Aussprache berührte der Kollege Brunert Dresden die Zusammenlegung des Arbeitgeberverbandes und wünschte, daß alle Anwesenden ihren Einfluß auf die politischen Arbeiterparteien in den Gemeindeparlamenten dahin geltend machen, daß kein bürgerlicher Stadtrat die Stimmen der Arbeiterparteien erhalten solle. Durch die Wahl von Stadträten aus dem Arbeiterlande könnte dann auch erreicht werden, daß die Zusammenlegung des Arbeitgeberverbandes eine andere würde. Die anwesenden Kolleginnen hatten zu diesem Referat zwei Anträge gestellt, die einstimmig der Tarifkommission als Material übergeben wurden. 1. Daß die Lohnspanne zwischen den männlichen und weiblichen Arbeitern auszugleichen sei, und 2. daß für alle Frauen ein zwei Stunden früherer Arbeitsbeginn an den Sonntagen vereinbart wird. Die übrigen Anträge wurden abgelehnt. Darauf wurden die beiden Landesarbeitskommissionen in ihrer bisherigen Zusammenlegung wiederernannt. Unter „Sonstige Verbandsangelegenheiten“ wurde beschlossen, daß von der Landesarbeitskommission für die Staatsarbeiter eine besondere Konferenz einuberufen ist. Kollege Preißler gab noch bekannt, daß der Verbandsrat für die Reichsarbeiter eine Ruhebefehlsordnung bei der Regierung beantragt habe.

Die Gaukonferenz des Wirtschaftsbezirks Ostpreußen am 24. Mai 1925 in Königsberg i. Pr. umfaßte 35 Delegierte aus 29 Filialen. Die Filiale Danzig war unvertreten. Kollege Stetter vom Verbandsvorstand referierte über: „Unsere Stellungnahme zum 10. Verbandstag in Frankfurt a. M.“ Er zeigte die Entwicklung unseres Verbandes seit dem letzten Verbandstage in Magdeburg. Mit der Entwicklung unseres Verbandes in organisatorischer Hinsicht können wir zufrieden sein. Es muß aber nach wie vor in agitatorischer Hinsicht besonders unter den Reichs-, Staats- und Wasserbauarbeitern viel geleistet werden. Der Mitgliederzuwachs ist nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern die Mitgliederzahl hat sich in der letzten Zeit erfreulicherweise ganz bedeutend gebogen. Stetter wies auch auf den kommenden Gewerkschaftstongress hin, der zur Organisationsform wichtige Beschlüsse zu fassen hat. Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Neumannsdorf gab, war zu entnehmen, daß seit dem Dezember 1924 auch im Gau Ostpreußen eine Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen ist, zahlenmäßig stehen wir in Ostpreußen von allen Verbänden mit an erster Stelle. Wir sind nach dem Stande vom Monat April 1925 an den Stand der Mitgliederzahl von April 1924 herangekommen. Das ist in ansehnlicher der schwierigen Verhältnisse in Ostpreußen ein erfreuliches Zeichen. Im Gau bestehen zurzeit 42 selbständige Filialen, außerdem 11 Zahlstellen, die, da sich die Errichtung einer selbständigen Filiale nicht lohnt, anderen Filialen angegliedert sind, so daß im ganzen 53 Orte zu bearbeiten sind. Kollege Groß, Königsberg, berichtete über die Rechtsverhältnisse der Gantane. Die Ausgaben für Sitzungen der Tarifkommission, anteilige Kosten für die Schiedsstellen, waren in der letzten Zeit außerordentlich hoch. Diese Ausgaben werden sich, bis auf den Ergänzungstarif, der noch nicht abgeschlossen ist, im Laufe des neuen Geschäftsjahres lediglich auf die Lohnverhandlungen beschränken. Den Tätigkeitsbericht erstattete Kollege Meißner. Er zeigte an der Hand einiger Beispiele, welche Schwierigkeiten der Arbeitgeberverband beim Abschluß der Tarife und der Löhne gemacht hat. Der Ergänzungstarif zum M.L. der Gemeindearbeiter konnte bis jetzt nicht zum Abschluß gebracht werden, weil der Arbeitgeberverband Schwierigkeiten bereitet bei dem § 2, die unständigen Arbeiter betreffend. Weiterhin bestand Streit über den § 12 Ziffer 8 und § 12 in Verbindung mit § 17, sowie über § 13. Gegen die Entscheidung der Bezirkschiedsstelle, die unseren Wünschen nur teilweise Rechnung trug, wurde vom Arbeitgeberverband und auch von der Gantleitung beim Zentralausschuß Berufung eingelegt. Die Verhandlungen haben gezeigt, daß die Gemeindearbeiter Ostpreußens schon längst der Willkür des Arbeitgeberverbandes bzw. der Gemeinden ausgeliefert wären, wenn sie sich nicht in unserer Organisation ein Bollwerk geschaffen hätten. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Tariffrage der Straßenwärter geschenkt. Der Gantleitung war es nach jahrelangen Bemühungen möglich gewesen, für 14 Kreise von der Schlichtungskammer einen Schiedsspruch zu erwirken, der inhaltlich einem Tarifvertrag gleich zu achten war. Dieser wurde von den betreffenden Kreisen prompt abgelehnt. Auf Grund der unsozialen Einstellung der in Frage kommenden Landräte bzw. Kreisräte wurde es nicht möglich, die Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedsspruches vom Reichsarbeitsministerium zu erhalten. Die Gantleitung hat sofort Anstellen getroffen, um die betreffenden Kreise erneut vor die Schiedsstellen zu laden. Bei der schwierigen Lage der ostpreussischen Straßenwärter kann ein Erfolg nur erzielt werden, wenn die Kreisräte sich reiflos organisieren und bei anfänglichen Mißerfolgen die Front nicht ins Korn werfen und für ihre Forderungen mit der nötigen Beharrlichkeit kämpfen. — Dieselben Schwierigkeiten hatte die Gantleitung mit der Provinzialverwaltung bzw. dem Landeshauptmann ausgeteilt. Auch diese Vermittlung ist stark von unsozialem Geist befeuert. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß unsere Forderungen für unsere beamteten Pfleger und Pflegerinnen die Verkürzung der Dienstzeit und Herabsetzung in der Gehaltsgruppierung noch nicht verwirklicht werden konnten. Die Haltung der Kollegenschaft gibt aber die Gewähr, daß auch in diesem Falle gelangt werden wird bis zur Erreichung des gesteckten Zieles. — Viel in agitatorischer Hinsicht ist noch im Bereich der Reichs- und Staatsarbeiter zu leisten. Es ist Aufgabe der Vorstände der einzelnen Filialen, die Anleitung hierzu zu unterstützen. Die Diskussion war reg. — Ein Antrag der Filiale Danzig, die nächste Gaukonferenz in Danzig abzuhalten, wurde abgelehnt, weil die Verkehrs- und Reiseverhältnisse zu groß sind. In die Tarifkommission wurden die Kollegen Kahrau (Elbing), Neumann (Anstettburg) und Grube (Bartenstein) gewählt. Die Filiale Königsberg wählte ihre Vertreter für die Tarifkommission selbst. — Die Gaukonferenz war sich darin einig, daß es besonders in Ostpreußen notwendig ist, für alle unseren Organisationsbereich zugehörigen Kollegen die Front zu verbreitern und zu vertiefen. Nur so wird es möglich sein, den unsozialen Bestrebungen der kommunalen Arbeitgeber aller Schattierungen ein Paroli zu bieten.

Gau Augsburg. Die Gaukonferenz am 8. Juni war von 22 Delegierten aus 20 Filialen besetzt. Den Geschäftsbericht der Gantleitung für die Zeit vom 30. April 1924 bis 30. April 1925 gab Kollege Kemmer. In der Beschäftigungsmöglichkeit für die Gemeindearbeiter haben stabile Verhältnisse Platz gegriffen. Es zeigt sich bereits eine Vermehrung der Betriebsbesetzung. Anders bei

den Wasserbauarbeitern, wo immer noch Arbeiterentlassungen infolge Fertigwerden von Arbeiten zu verzeichnen sind. Wenn sich trotzdem die Mitgliederzahl in der Berichtszeit nicht nur gehalten, sondern um 68 vermehrt hat, ist dieses auf die Gewinnung von neuen Mitgliedern zurückzuführen. Durch Schaffung des Wirtschaftsbezirks Bayern wurden dem Gau Augsburg vom Gau Nürnberg 7 Filialen mit 223 Mitgliedern zugeteilt womit der Gau Augsburg jetzt 26 Filialen mit 2192 Mitgliedern zählt. Lohnbewegungen wurden in der Berichtszeit 113 geführt. Die ziffermäßig erzielte Lohnhöhung bewegt sich zwischen 16 und 21 Pf. bei den Gemeindearbeitern, und 13 und 17 Pf. bei den Staats- und Reichsarbeitern pro Stunde. Die Gantkasse hat 866,58 Mf. Einnahmen und 572,58 Mf. Ausgaben zu verzeichnen. Es bleibt ein Kassenbestand von 294 Mf. am Schluß des 1. Quartals. Nach erfolgter Aussprache referierte Kollege Stetter vom Verbandsvorstand über „Die Wirtschaft in Gemeinde- und Staatsbetrieben“. Er führte der Konferenz die Entwicklung der Wirtschaft in genannten Betrieben vor Augen und präziserte die Stellung unseres Verbandes hierzu. — Der Gauvorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt. Als Tagungsort der nächsten Gaukonferenz wurde Kaufbeuren bestimmt. Als Mitglied zur Landestarifkommission ist Kollege Schuster wiedergewählt worden, desgleichen die zwei Mitglieder zur Landestarifkommission, Wasserbauarbeiter Hauser (Kempten) und Wagner (Augsburg-Land). — Im Anschluß an die Gaukonferenz fand ein von der Filiale Augsburg arrangierter Begrüßungsabend zu Ehren der Delegierten statt, der einen harmonischen Verlauf nahm. Es nahmen daran auch teil die zu dem am 7. Juni tagenden Wirtschaftsbezirkskonferenz bereits erschienenen Delegierten der Gawe Rindchen und Nürnberg.

Augsburg. In der Mitgliederversammlung am 5. Juni gab Kollege Stetter vom Hauptvorstand einen Überblick über „Die Wirtschaft in Reich, Staat und Gemeinde“. Der Redner besprach die Verhältnisse, die Gemeinden, Staat und Reich bestimmten, sich öffentlich-rechtliche Betriebe zuzulegen. In großem Umfang hat die Gemeinde die Schaffung von Eigenbetrieben übernommen: Gas-, Wasser-, Elektrizitätserzeugung, Fäkalienabfuhr, Straßenreinigung, Schlachthäuser, auch Baubetriebe usw., so daß eine rein oberflächliche Schätzung der in deutschen Stadtgemeinden beschäftigten Arbeiter mit 200 000 höher nicht zu hoch gegriffen ist, dazu Beamte und Angestellte, rund 600 000 Arbeiter des Reichs, dann die der Länder und der Provinzialbetriebe. Insgesamt sind rund 2 1/2 Millionen Menschen in Deutschland in öffentlich-rechtlichen Betrieben tätig, also ein erheblicher Teil der Gesamtheit der in produzierenden oder in Verwaltungsstellen Tätigen. Der Redner kritisierte dann die vielfach vorhandene bürokratische Verwaltung solcher Betriebe, ferner aber auch den Mißstand, daß solche Betriebe erst dann der öffentlich-rechtlichen Bewirtschaftung zugeführt werden, wenn sie durch die privatkapitalistischen Besitzer so ausgeprägt und ausgebeutet worden waren, daß sie zunächst von dem neuen Besitzer, Staat oder Gemeinde, nur Opfer forderten und nicht in der Lage waren, gewinnbringend zu produzieren. Daher kamen dann die Vorwürfe, daß diese Betriebe überhaupt nicht rationell zu arbeiten vermöchten. Darin ist zum Glück in letzter Zeit ein Wandel eingetreten und man ist dazu gelangt, diese Betriebe technisch auf eine leistungsfähige Höhe zu bringen. Als ein interessantes Beispiel führt der Redner die technischen Neuerungen im Tätigkeitsgebiet der Reichspost an, die die Reinstellung von 10 000 Technizern und technischen Arbeitern bedingen und andererseits eine gewisse Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Betriebe mit sich bringen. Wie die Gemeinden auch in die technische Entwicklung hineingedrängt werden, erläutert der Redner unter Hinweis auf die Fernlieferung von Elektrizität und die Fernversorgung. Die Entwicklung, die sich hier anbahnt, schließt die Aufsaugung (und zum Teil auch die Stillelegung) gemeindlicher Betriebe in sich. Die Gefahr, die hier lauert, ist das Einbringen des Privatkapitals in die Reichs- und Staatsbetriebe und das Ziel der Kapitalisten, die Regiebetriebe in gemischtwirtschaftliche Betriebe überzuführen. Eine Umstellung des Frachtverkehrs vom Eisenbahntransport gibt zurzeit der Reichsbahn zu denken: der Frachtverkehr auf der Bahn beträgt heute schon nicht mehr als etwa 60 Prozent des Frachtverkehrs der Vortriegszeit, während sich immer mehr und mehr ein Gütertransport auf nähere Strecken auf der Landstraße mittels Lastauto abwickelt. Die sich hieraus ergebende Entlastung muß von der Arbeiterschaft auf das genaueste verfolgt werden, um zu verhindern, daß Betriebe aus dem gemeinwirtschaftlichen Besitz in den des Privatkapitals hinübergeleiten. Sodann beachtete Stetter noch über den neuen Reichsmantelvertrag für die Gemeindearbeiter und fand damit, wie auch mit dem ersten Teil seiner Ausführungen, die Zustimmung der Versammlung. Die mit einem hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft schließenden Ausführungen wurden mit starkem Beifall bedacht. Zur Gau- und Landeskonferenz wurden die Kollegen Brück, Schmid und Reuß, zum Verbandstag der Kollege Schuster gewählt.

Köln. Die Mitglieder nahmen in der Versammlung am 9. Juni den Bericht über den Schiedsspruch entgegen und saßen einstimmig den Beschlüssen, den Spruch für die Monate Mai und Juni anzuerkennen, und zum 1. Juli erneut Forderungen einzureichen. Der Zentralausschuß hätte wissen müssen, daß der Bezirksrat des Passus enthält, daß die Lohnfestsetzungen admonatlich zu erfolgen

haben, und demnach eine Bindung auf 4 Monate unzulässig ist. Die Preise ziehen dauernd an, und es ist unsinnig, daß man Lohnabkommen auf 4 Monate abschließt. Es wurde als eine Verhöhnung empfunden, daß dieser Passus eingefügt sei, da man noch weit von dem Friedensreallohn entfernt ist. Die städtischen Arbeiter werden daher unbedingt verlangen, daß zum 1. Juli neu verhandelt wird, und, falls die mündlichen Verhandlungen kein Ergebnis zeitigen, soll die Bezirkschiedsstelle angerufen werden. Zum Bezirkstarij wurde mitgeteilt, daß auch dieser unbedingt zum endgültigen Abschluß gelangen müßte, zumal die Verhandlungen bereits im Monat April waren und der Tarif von unserer Seite angenommen ist. — Die Stellungnahme zum Verbandstag ergab 14 Anträge. Weiter wurde kritisiert, daß der Rat der Seestadt Rostock die Zahl der Ständigen immer mehr abbaut und die Zahl der Unständigen erhöht. Auch die zahlreichen Entlassungen sind nicht gerechtfertigt, denn es ist genügend Arbeit vorhanden. Es sollen auch hierin Schritte unternommen werden. Unerhört ist, daß der Rat nach der minimalen Erhöhung der Reichsrenten die Koststandsunterstützungen kürzt. Kollege Necker wurde beauftragt, als Stadtverordneter dieses Gebahren der Stadtverwaltung an den Frager zu stellen. Im Sinne des Pflegepersonals sollen die strittigen Punkte demnächst mit einem Vertreter des Ministeriums in Rostock verhandelt werden. Die Gruppe 9 ist für uns erledigt und kommen die Fließ-, Reinigungs- und Kartoffelschälfrauen ohne weiteres in Gruppe 8, da im Bezirkstarij nicht vorgegeben ist, daß diese in 9 sollen und daher das Ministerium keine Handhabe hat, diese Frauen in Gruppe 9 einzuklassifizieren. Weiter soll über die Einstellung von Pflegepersonal verhandelt werden. Weiter wurde gefordert, daß endlich die Löhne für die preussischen Kliniken erheblich aufgebessert werden, da diese völlig unzulänglich sind, und da der Tarif auch für Mecklenburg angewendet wird, haben wir hieran ein ganz erhebliches Interesse. — Sodann wurde der Bericht vom Festausfluß gegeben.

Rundschau

Edmund Fischer †. Ganz unerwartet verbreitete sich am 11. Juni 1925 die Nachricht, daß Edmund Fischer, einer der bedeutendsten sozialistischen Kommunalpolitiker und Theoretiker, in einem Anfall von Schwermut seinem Leben ein Ende gemacht hat. Edmund Fischer, der ein Alter von 61 Jahren erreichte, hatte das Holzbildhauerhandwerk erlernt. Er kam sehr früh zum Sozialismus und wurde bereits 1892 Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“. Von 1893 bis 1898 bekleidete er den gleichen Posten an der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden. Differenzen mit Parous veranlaßten ihn seinerzeit aus der Redaktion auszuschiden, um fortan als freier Schriftsteller zu leben. Er hat von da ab eine sehr rührige Agitation entfaltet, wozu der von ihm herausgegebene „Arme Teufel“ gute Dienste leistete. Von 1898 bis 1907 und von 1912 bis 1918 gehörte er für den Wahlkreis Zittau dem Reichstage an. In der Kommunalpolitik hat er Hervorragendes geleistet. Nicht nur, daß er sich in seinem Wohnort Briesnitz als Gemeinderatsmitglied praktisch in der Kommunalpolitik betätigte, so entfaltete er auch eine fruchtbarere schriftstellerische Tätigkeit auf diesem Gebiete in den „Sozialistischen Monatsheften“ und in der „Kommunalen Praxis“. Nach der Revolution wurde Fischer in das sächsische Ministerium des Innern berufen, wo er schließlich der Vater der sächsischen Gemeindeverfassung wurde, die kürzlich zu seinem größten Leidwesen wieder arg verhandelt wurde. Später wurde er in die Landesstelle für Gemeinwirtschaft berufen, deren Leiter er dann wurde. In der letzten Zeit gehörte Fischer auch der Dresdener Stadtverordnetenversammlung an, deren Vorsteher er im Jahre 1924 war. Wie eingehend Fischer die Probleme des Sozialismus beherrschte, beweist sein nach der Revolution erschienenes Buch: „Das sozialistische Werden“. Mit Edmund Fischer ist eine bedeutende Persönlichkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung dahingegangen.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der 10. Verbandstag.

Auf Beschluß des Verbandsvorstandes (§40 des Statuts) wird der 10. ordentliche Verbandstag vom 3. bis 8. August d. Js. nach

Frankfurt a. M.

einberufen. Die Beratungen finden im Volksbildungsheim, Eschenheimer Anlage 40/41, statt.

Unter Berücksichtigung des Beschlusses des 8. Verbandstages (Protokoll S. 167) tritt die Statutenberatungskommission bereits vor dem Verbandstage zusammen und nimmt ihre Verhandlungen am 1. und 2. August d. Js. in Frankfurt a. M. auf.

Die Eröffnungsfeier erfolgt am Sonntag, den 2. August.

Als Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Konstituierung des Verbandstages.
2. Geschäftsbericht.
 - a) Tätigkeitsbericht des Vorstandes (Müntner).
 - b) Klassenbericht (Ruppert).
 - c) Presse (Dittmer).
 - d) Bericht des Verbandsausschusses (Lang).
3. Statutenvorlage.
4. Wahl der Verwaltungskörper.
5. Festsetzung der Gehälter und Diäten, Unfallversicherung unserer Funktionäre, Invaliden- und Altersversorgung unserer Angestellten.
6. Bildungsaufgaben unserer Organisation (Dittmer).
7. Das Tarifrecht in den öffentlichen Betrieben (Prof. Dr. Einzheimer, Frankfurt a. M.).
8. Arbeiterpolitik in Reich, Staat und Gemeinde (voraussichtlich Stadtrat P. Hirsch, Charlottenburg).
9. Bericht von der Internationale (Müntner).
10. Sonstige Anträge.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat den

12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

(2. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) für die Zeit vom 31. August bis einschließlich 5. September 1925 nach Breslau mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Bundesvorstandes.
3. Die Sozialgesetzgebung in Deutschland.
4. Die Organisationsfrage.
5. Die Wirtschaft und die Gewerkschaften.
 - a) die deutsche Wirtschaft,
 - b) die Wirtschaftsdemokratie.
6. Beratung der Bundesantragungen.
7. Wahl des Bundesvorstandes.
8. Erledigung sonstiger Anträge.

Nach den Satzungen des ADGB. entfällt auf je 15 000 Mitglieder eines angeschlossenen Verbandes 1 Delegierter, so daß nach unserem Mitgliederstand 13 Delegierte zum Kongreß zu entsenden sind.

Unter Berücksichtigung des Beschlusses des 8. Verbandstages zu Nürnberg (Protokoll Seite 166) steht dem Verbandsvorstand das Recht zu, 3 Delegierte mit Stimmrecht zum Gewerkschaftskongreß zu entsenden. Auf die Mitglieder würden demnach 10 Delegierte entfallen.

Der Verbandsbeirat wählte während seiner Tagung am 17. und 18. April 1925 in Stuttgart folgende Kollegen als Delegierte zum Gewerkschaftskongreß:

1. Fritz Müntner, Berlin; 2. Paul Schulz, Berlin;
3. Emil Dittmer, Berlin; 4. Albert Ihle, Hamburg; 5. Karl Polenske, Berlin; 6. Julius Weiß, München; 7. Josef Dröpp, Essen; 8. Karl Hoffmann, Köln; 9. Emil Döbert, Leipzig; 10. Willi Bartsch, Wageburg; 11. Hugo Roth, Stuttgart; 12. Georg Winter, Frankfurt a. M.; 13. Wilhelm Koch, Karlsruhe.

Evtl. Anträge der Filialen müssen bis zum 1. Juli d. J. dem Verbandsvorstand, Abteilung I, mit der Bezeichnung: „Anträge für den Gewerkschaftskongreß Breslau“ eingereicht werden.

Der Verbandsvorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

Gegen das Steuerrecht! Der Reichsfinanzminister Dr. v. Schöller hat dem Reichstag durch eine Entsch. vorläufig in die vorläufigen Reichsgesetze für 1926 einfließen lassen, wie sie sich nach der Annahme der von ihm vorgelegten elf Steuererleichterungen ergeben werden. Im Vergleich zum abgelaufenen Steuerjahr ergab sich dabei, daß nach der schließlichen Berechnung die Besteuerungen in der Zeit vom 1. April 1926 bis Ende März 1926 für sich allein rund drei Viertel Milliarden Mark weniger erbringen sollen als im abgelaufenen Steuerjahr. Das ist die Steuerermäßigung zugunsten des Volkes, die heute gegeben wird! Die Höhe und Verteilung dieser Erleichterungen ist nach der Schätzung des Reichsfinanzministers im laufenden Steuerjahr ebenfalls erbringen wie im abgelaufenen Steuerjahr. Dazu kommen noch seine Angaben über 338 Millionen Mark Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Weiter hat Herr v. Schöller versprochen, daß nach dem Wunsch seiner Freunde und nach seiner eigenen Absicht im laufenden Steuerjahr eine gewaltige Zollmanie im Deutschen Reich werden soll. Daneben bleiben aber, wenn die elf Steuererleichterungen Wirklichkeit werden, die Einkommensteuer, die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer aus Lohn- und Gehaltsabzug in ihrer alten Höhe bestehen. Das sind die Steuererleichterungen, die den Arbeitnehmern blühen. — Aus den erwähnten Gründen ist es erfreulich, daß die freigeberischen Spitzenverbände gerade zu rechten Zeit für ihre Funktionen eine 120 Seiten umfassende Materialarbeit „Gegen das Steuerrecht!“ erscheinen lassen. Sie ist das Ergebnis eingehender Untersuchungen der Steuerkommission des ADGB, des FVdG-Bundes und des ADG. Die Arbeit erscheint im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstr. 6. Mit dieser Arbeit nehmen die freien Gewerkschaften zu den Steuerfragen grundsätzliche Stellung. Damit haben sie es aber nicht genug lassen. Neben einer Darstellung der deutschen Steuergeschichte von 1871 bis 1924 und einer eingehenden positiven Kritik des Reichsetats sind die grundsätzlichen Steuererleichterungen der Reichsregierung bis in ihre letzten Einzelheiten gründlich untersucht und kritisch behandelt. Dazu kommt dann noch eine Klärung der politischen Forderungen der freien Gewerkschaften. Die Steuerreform gibt auf alle Fragen der Steuerverwaltung Auskunft. Die Spezialfragen der Steuerfragen der freigeberischen Spitzenverbände, wie Tarnow, Bader und Grünig vom ADGB, Heintz und Dr. Pfeffermann vom FVdG-Bund und Dr. Walter vom ADG, daneben aber auch der Prof. Dr. Sieck, Staatssekretär a. D., haben in Sonderarbeiten zu den elf Steuererleichterungen des Reichsetats Luther v. Schöller Stellung genommen. Jeder wird aus dem Untersuchungsmaterial der Steuerkommission reiche Anregung gewinnen.

Wissenschaften. Praktisches Kunststudium. 4. Ausgabe. Verlag W. P. Henning, Berlin C. 2, Burgstr. 30. Preis 1,20 Mk.

Das Buch ist wirklich ein praktisches Kunststudium. Es enthält eine Fülle von Material, das im einzelnen hier aufzuführen zu weit führen würde. Wir beschränken uns auf eine Anzahl Stichproben: Post, Telegraphen- und Fernsprechanlagen. Fahrpreise der deutschen Reichsbahn, Reichsbahnfahrpläne, Uebersicht der Eisenbahnentfernungen. Erste Hilfe bei Unfällen. Bewertung des Dollars in Berlin von 1914 bis 1924. Schichtenplan, Fläche und Bevölkerung Deutschlands. Die höchsten Berge der Erde. Länge der größten Flüsse der Erde. Rechte von Europa. Aus der Astronomie. Maß- und Gewichtstabelle. Berechnung des Rauminhalts von Körpern. Flächenberechnung, Höhenberechnung. Bekannte wichtige Rechenmittel. Mischelchen. Chemische Elemente. Bekannte der Luft. Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge. Auf 47 Seiten werden die berühmtesten Persönlichkeiten der Welt aufgeführt mit Angabe der Zeit, in der sie lebten. Es folgen dann die wichtigsten Bestimmungen aus dem Angehörigenversicherungsgesetz, Patent-, Marken- und Warenzeichengesetz, Gerichtsstandsregeln in Zivilsachen, Steuerordnung vom Arbeitslohn nach den ab 1. Juni geltenden Bestimmungen. Unterrichtsgebühren für Erwachsene, gültig ab 1. Februar 1926. Vergleich der Städte- und Landgemeinden Deutschlands mit 5000 und mehr Einwohnern. Die Kriegsverluste der deutschen Armeen. Die Auswärtigen im Deutschen Reich. Zusammenfassung der Reichsparlamente deutscher Vorkriegs-Parlamente. Zusammenfassung der Reichsparlamente größerer Städte Deutschlands. Die deutschen Reichstagen von 1848 bis 1918. Die Verfassungsgeschichte der Reichsverfassung. Ergebnis der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924. Die Mitglieder des Deutschen Reichstages. Beamteneinstellungsgesetz etc. Der Schluß bildet eine Karte vom Deutschen Reich.

Rheinische Schiffsalagen. Eine Schiffsalage, herausgegeben in Verbindung mit dem Westausfluß für Rhein, Saar, Ruhr und Pfalz von Professor Dr. Rühlmann. Schrift 1/2. Die abgetretenen und besetzten Gebiete im heußigen Westen. Tatsachen und Zahlen. Von Regierungsrat Dr. Freiherr von Selenmacher, Berlin. Preis 1,40 Mk. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW. 61.

Dem überaus wertvollen Zahlenmaterial dieses interessanten Heftes folgt der Verfasser einen geschichtlichen Überblick voraus, über den Westausfluß und seine Folgen, über die Versämler Friedensbedingungen und die ergänzenden Vereinbarungen. In klarer und übersichtlicher Weise findet sich hier alles zusammengefaßt, was sich auf die Westgrenze des Reiches bezieht, sowohl hinsichtlich der Abtretungen als auch der Besetzung der Rheinlande, des Saargebietes etc. Das Saarland sowie das Rheinlandabkommen werden im Wortlaut mitgeteilt. Nach den allgemeinen Bestimmungen über das abgetretene Gebiet werden Einzelbestimmungen behandelt, aber das „entmilitarisierte Gebiet“, über „Rhein und Mosel“, über den „Rheinischen Zoll“ und über „Euregio“. Ein eigenes Kapitel erörtert die wirtschäftlichen Beziehungen und die Mängel der Rheinlande. Ebenso werden die einschlägigen Bestimmungen über die Besetzung des „Rheinlandes“ aufgeführt. Von besonderem Interesse und höchsten Wert ist der Hauptteil, der zum größten Teil aus Tabellen besteht. Durch das reichhaltige und wichtige Material wird hier die Bedeutung des westlichen Volkstums, das kulturelle und geschichtliche Leben und der wirtschaftliche Stand der Länder am Rhein dem wahren Wesen nach gezeigt. Wer diese Zahlen liest, bekommt ein lebendiges Bild von der Bedeutung der Landstriche im Westen an sich und für unser ganzes Volk.

Der kleine Brodhans, das Handbuch des Wissens in einem Band, beginnt soeben zu erscheinen. Die Kunst, Handbücher des Wissens in Form zu bringen, wie sie das deutsche Volk entsprechend dem Fortschreiten von Wissen und Können nötig hat, ist ein altes Erbtill der Firma F. A. Brodhans in Leipzig. Deren Gründer hat vor mehr als hundert Jahren das erste allgemein brauchbare Werk dieser Art geschaffen, das man damals langatmig Konversationslexikon nannte. Heute ist das Werk in aller Welt als „Der Brodhans“ bekannt und geschätzt. Gleich nach dem Krieg erschien der „Neue Brodhans“, das Handbuch des Wissens in vier Bänden; er erlos sich rasch als eine unerschöpfliche und unentbehrliche Wissensquelle. Aber die Gegenwart mit ihren neuenaufstrebenden Forderungen bringt jeden Zeit und Geld auf das wirtschaftlichste auszunutzen für alle, die die Ausgabe für ein wertvolles Werk suchen, ist der Einband entstanden, der die neue Ausgabe des „Kleinen Brodhans“ die uns vorliegende erste Lieferung umfasst mit den Stichwörtern A—B. Folgendes sind die Abstände der einzelnen Stichwörter aller Art. Die ist gefüllt mit vielen wertvollen und lehrreichen Bildertafeln und Karten, in und außer dem Text; auch prächtige Kunstblätter sind dabei. Außerdem enthält die 20 Seiten der ersten Lieferung nicht weniger als 140 klar angeordnete Textabbildungen. Der kleine Brodhans bestreift sich erstmalig einer neuen Ausdrucksbezeichnung, der eine leichtverständliche Erklärung zugrunde gelegt ist. Nur mit Hilfe eines geschickt ausgearbeiteten Systems schnell einzuprägender Abkürzungen und Zeichen ist es möglich geworden, die große Zahl von Angaben unterzubringen; wie leicht verständlich und schnell unterrichtend ist z. B. der Verweisungsapparat (→) hat die Diagramme, die wirtschaftliche Verhältnisse darstellen, z. B. die Arbeitslosigkeit und Auswanderung mit dem finanziellen Auf und Ab über einen. Die Lieferung kostet 1,20 Mk. ungefähr alle vierzehn Tage soll eine neue Lieferung erscheinen bis zur letzten, mit der das Werk abschließt.

„Kulturwille.“ Die monatlich erscheinende Zeitschrift dieser ausgezeichneten Arbeiterbildungszeitung haben in Nr. 4 (April) und Nr. 5 (Mai) zwei Sonderhefte behandelt. Die Aprilnummer befaßt sich mit unserer Jugendbewegung. Sie ist besonders geeignet zum Vertrieb auf Jugendtagungen und Jugendtreffen. Die Juninummer enthält Aufsätze führender Genossen auf dem Gebiete der Jugendpflege. In mehreren Arbeiter-Gewerkschaften ist diese Nummer als Beilage beliebt. Unsere Jugend- und Jugendbewegungen müssen sich der Bedeutung dieser beiden mit Illustrationen versehenen Sonderhefte anschauen. Der „Kulturwille“ ist die monatlich erscheinende Arbeiterbildungszeitung des Allgemeinen Arbeiterbildungsinstitutes Leipzig. Er ist Mitteilungsblatt der Bildungs-Gewerkschaft Liga und Bundesorgan der sozialistischen Einheiten Deutschlands und Oesterreichs. Das Abonnement kostet nur 2,40 Mk. Die einzelne Nummer 20 Pf. und wird an Organisationen zum Vertrieb mit beizutendem Rabatt abgegeben.

SGURD. RADER



Enorm billig und doch gut!

Fordern Sie gratis und franko KATALOG von der
SGURD-GESSELLSCHAFT m. b. H. CASSEL 107

„Komet-Freilauf“

ES GIBT KEINEN BESSEREN!

Blasen- u. Nierenleiden

der verschied. Arten wie: Blasen-, Nieren- und Harnröhrenverletzung, Harnverhaltung, Blasenchwäche, Stein- und Griesbildung, Wassersucht, Schmerzen beim Urinieren usw., werden durch Herbaria-Blasen- und Nieren-Tee wirksam beeinflusst und behoben. Viele Dankschreiben. Paket 2,50 Mk. (Kur erfordert ca. 6 Pakete).

Beitnässen

Ist keine Untugend, sondern die Folge einer Blasenchwäche und wird durch Herbaria-Beitnässen-Tee behoben. Paket 2,50 Mk. (Kur erfordert 3-6 Pakete). Versand gegen Einsendung des Betrages Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg 305 (Baden).

MÖBEL auf Teilzahlung

Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Küchen, Kabinen-, Einzelmöbel

in gediegener Qualität, noch billig

M. Beiser, Berlin

im Norden: Lohrergraben
Straße 67 / im Süden:
Frankfurter Allee 335.

Reklamepreis nur 4 Mk.



echte deutsche Herren-Armbänder Nr. 82, stark verziert, in 20 jähriger Werk, ganz regulär, best. . . nur 4,50 Mk.
Nr. 83 ebenfalls mit Schmelz . . . nur 4,50 Mk.
Nr. 81 dies. echt verziert u. Goldband u. Schmelz . . . nur 8,50 Mk.
Nr. 85 ebenfalls mit besserem Werk . . . nur 6,50 Mk.
Nr. 88 mit Sprung, ganz verziert . . . nur 7,50 Mk.
Nr. 89 Damend., verziert, mit Goldband . . . nur 7,50 Mk.
Nr. 79 ebenfalls, kleines Format . . . nur 10,00 Mk.
Nr. 81 ebenfalls, echt Silber, 18 Teile . . . nur 20,00 Mk.
Metall-Uhrzweige . . . nur 0,25 Mk.
Panzerkette, verziert, 0,50 Mk., echt verziert nur 1,50 Mk.
echt verziert, 2,00 Mk., Goldschmiedekette . . . nur 5,00 Mk.
Nr. 47 Armkette mit Kette . . . nur 5,00 Mk.
Nr. 44 ebenfalls, vierfache Form mit besserem Werk . . . nur 12,00 Mk.
Wacker, prima Messingwerk . . . nur 3,20 Mk.
Uhren-Messe Berlin 124 Sommer Str.

In der Sammlung

Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“

herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

find neu erschienen:

Heft 14: Der Weg aus der Wohnungsnot
Finanzierungsversuche und -möglichkeiten von Victor Rood, Berlin

Heft 15: Die deutsche Literatur
von Johannes Gut, Berlin

Heft 16: Gewerkschaften, Industriemenschheit und Produktionschule
von Emil Dittmer, Berlin

Heft 17: Gemeinwirtschaft, Sozialismus und Gewerkschaften
von Hermann Mattutat, Stuttgart

Heft 18: Die internationale Gewerkschaftsbewegung
von Oskar Kurpat, Leipzig

Bisher sind erschienen:

Heft 1: Klafflöcher zur Einführung in die Psychologie.

Von Wilhelm Kufas, Essen a. d. Ruhr.
Eine Fülle von Anregungen und leichtverständlichen Erörterungen auf dem Gebiete des geistigen Lebens, Denkens und Empfindens sind in dieser Schrift ausgezeichnet.

Heft 2: Semmelweis.
Eine Herold Geschichte v. Alfred von Berger. (Vergessen.)

Heft 3: Naturentwicklung und Weltanschauung.
Von Johannes Gut, Berlin, 2. Auflage.
In die Tiefen und Weiten des unermesslichen Weltalls führt Joh. Gut mit dieser Schrift über die Entwicklung der Welten, über Kraft und Stoff, die Grundlagen des Weltaufbaues.

Heft 4: Biologie — die Wissenschaft vom Leben.
Von Johannes Gut, Berlin, 2. Auflage.
Von der winzig kleinen Kröte angefangen bis zu hochentwickelten Pflanzen und Tieren, vom einzelligen Lebewesen bis zur Millionenzellorganisation wird in vollstündiger Weise der Zusammenhang in der Entwicklung des Lebens dargestellt.

Heft 5: I. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

II. Kommunalisierung, Entkommunalisierung, Sozialisierung.
Von Fritz Brunnner, Berlin.
Die im vorliegenden Heft zusammengefaßten beiden Vorträge geben einen Überblick über die bisherige und fernere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands

Heft 6: Die Bildungsaufgaben des Gewerkschaften.

Von Emil Dittmer, Berlin.
In bemerkenswerter Weise zeigt der Verfasser eine Reihe von Angriffspunkten, an denen nicht nur die gewerkschaftlichen Organisationen, sondern jeder einzelne einwirken kann, um am Ganzen mitzuwirken.

Heft 7: Soziale Gedichte.
Eine Auswahl neuerer Arbeiterdichtungen, die von Schaffen und Streben, von Freude und Leid des arbeitenden Volkes singen.

Heft 8: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 1. Teil.

Von Johannes Gut, Berlin.
Im ersten Teile der Entwicklungsgeschichte führt uns Johannes Gut in leichtverständlicher Erzählweise, beginnend mit dem vorgeschichtlichen Menschen, durch Altertum und Mittelalter der Weltgeschichte.

Heft 9: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 2. Teil.

Von Johannes Gut, Berlin.
Im zweiten Teile der Entwicklungsgeschichte des Menschengeschlechts zeigt der Verfasser den gewaltigen Fortschritt der Kultur. Mit reichhaltigem Tatsachenmaterial belegt, wird die Geschichte der heutigen Kulturstaaten der alten und neuen Welt dem Leser zugänglich gemacht.

Heft 10: Sozialisten und Arbeiterführer.

Kurze Biographien über Marx, Bebel, Legien u. a. Das Buchlein bringt eine Auswahl von Lebensbeschreibungen bekannter Sozialisten und Arbeiterführer, die sich um die sozialistische und freierwerbschaftliche Arbeiterbewegung verdient gemacht haben.

Heft 11: Der Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsoblenen.

Von Rudolf Wed, Berlin-Friedrichshagen.
Diese Schrift enthält eine zusammenfassende Darstellung d. Entlassungsschutzes für Betriebsratsmitglieder unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung.

Heft 12: Warum brauchen wir Gewerkschaften?
Von Oskar Kurpat, Leipzig.

Diese Schrift enthält neben einer kurzen Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte eine Zusammenfassung der wichtigsten Forderungen der freien Gewerkschaften und erklärt Zweck und Ziel dieses bedeutsamen Teiles der modernen Arbeiterbewegung.

Heft 13: Die Entwicklung des Kapitalismus.
Von Willy Schapka, Leipzig.

Aus dem Inhalt: Was müssen wir von der Entwicklungslinie des Kapitalismus wissen? Kräfte der kapitalistischen Entwicklung. Unternehmungsformen. Die modernen industriellen Monopole u. a.

Die Preise für die Hefte 1 bis 4, 8 bis 18 sind 0,40 Goldmark, für die Hefte 5 bis 7, 0,25 Goldmark, für Verbandsmitglieder nur 0,25 bzw. 0,15 Goldmark.

Zu beziehen durch:

Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Berlin SO 33, Schleifische Straße 42.